Association écologie et population
Verein Umwelt und Bevölkerung
Associazione ecologia e popolazione

Bulletin Nr. 92

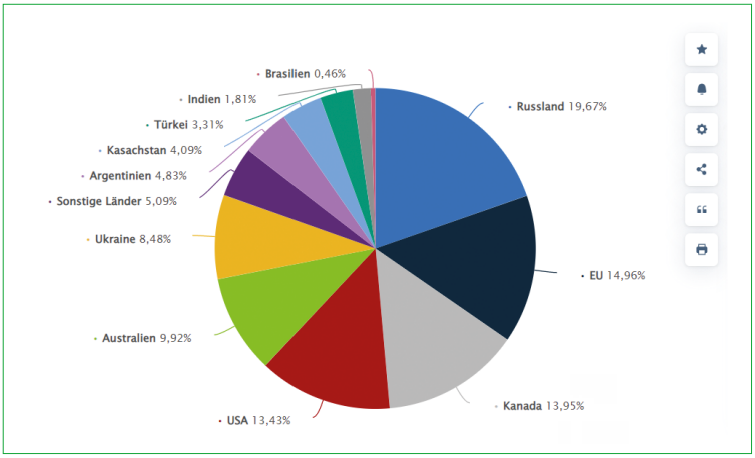
ECOPOP Bulletin Nr. 92 / Juni 2022 / www.ecopop.ch / Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Droht eine weltweite Hungerkrise wegen dem Ukrainekrieg?

Nicht nur die Öl- und Gaspreise, auch die Preise für Weizen steigen wegen dem Krieg in der Ukraine weltweit an. Die UNO warnt vor Hungerkatastrophen in Ländern, welche auf billige Weizenimporte angewiesen sind. Die Krise in der Ukraine, wie schon zuvor die Folgen der Corona-Lockdowns zeigen, wie anfällig die global vernetzte Wirtschaft ist und wie wenig Resilienz Länder mit grosser Bevölkerung und wenig Kaufkraft haben.

ANTEIL DER FÜHRENDEN EXPORTEURE AM WELTWEITEN EXPORT VON WEIZEN, MEHL UND WEIZENPRODUKTEN IM JAHR 2020/21



DROHT EINE WELTWEITE HUNGERSNOT?

Russland und die Ukraine bestreiten zusammen etwa einen Viertel der weltweiten Weizenexporte. Russland hat im März bekanntgegeben, dass es bis im Juni keine Exporte von russischem Weizen mehr zulässt. Mehr als 30 Millionen Tonnen Getreide sitzen in der Ukraine fest. Schuld daran ist die russische Seeblockade der ukrainischen Häfen, allen voran demjenigen von Odessa.

Vor dem Krieg wurde der Großteil der von der Ukraine produzierten Lebensmittel - genug, um 400 Millionen Menschen zu ernähren - über die sieben Schwarzmeerhäfen des Landes exportiert. In den acht Monaten vor Beginn des Konflikts wurden nach Angaben des UN-Welternährungsprogrammes (World Food Programme/ WFP) fast 51 Millionen Tonnen Getreide über diese Häfen abgewickelt.

«Wir müssen die Häfen öffnen, damit Lebensmittel importiert und aus der Ukraine exportiert werden können», fordert David Beasley, Exekutivdirektor des Welternährungsprogrammes. «Die Welt braucht das, weil Hunderte Millionen Menschen weltweit von Nahrungsmitteln abhängen, die über diese Häfen kommen.» Das WFP fordert die sofortige Wiedereröffnung der Schwarzmeerhäfen - damit dringend benötigte Nahrungsmittel aus der Ukraine die Menschen erreichen können, die in Ländern wie Afghanistan, Äthiopien, Südsudan, Nigeria, Syrien und Jemen von Hunger betroffen sind.

«Uns läuft die Zeit davon, und die Auswirkungen der Untätigkeit werden noch jahrelang auf der ganzen Welt zu spüren sein», so David Beasley in einer Medienmitteilung des WFP.

WELCHE LÄNDER SIND VON WEIZEN-IMPORTEN ABHÄNGIG?

Besonders in ärmeren Ländern und in Krisenregionen in Afrika und Asien könnte jedoch die Lebensmittelknappheit verschärft werden. Denn mehr als die Hälfte der Nahrungsmittel, die das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen in Krisenregionen verteilt, kommt eigenen Angaben zufolge aus Russland und der Ukraine.

E D I T O R I A L

LIEBE MITGLIEDER, GÖNNERINNEN UND GÖNNER VON ECOPOP

Kaum ist die Coronakrise abgeflacht, befinden wir uns schon in der nächsten - und potentiell noch viel gefährlicheren - Krise. Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine gehen wir einer ungewissen Zukunft entgegen. Plötzlich merken wir, wie abhängig wir von diesen beiden Ländern sind. Sei dies die Abhängigkeit von Erdgas und Erdöl, oder von Getreide. Obwohl die Schweiz lediglich 2% des gesamten Erdöl- und Getreidekonsums aus diesen Ländern importiert (beim Erdgas waren es im 2021 43%), kriegen wir die Folgen über steigende Preise zu spüren. Wenn plötzlich gegen 30% der weltweit exportierten Getreidemenge nicht mehr zur Verfügung steht, dann verursacht das eine weltweite Knappheit. Entgegentreten kann man dem wohl einzig mit einem möglichst hohen Selbstversorgungsgrad in der gesamten Wertschöpfungskette. Mit dem weiterhin anhaltend hohen Bevölkerungswachstum in der Schweiz, sehen wir diese Grundvoraussetzung als gefährdet. Ein Lichtblick: die «10 Millionen Schweiz»-Debatte hat ihren Weg ins Bundeshaus gefunden. Wir erhoffen uns viel davon.

Für unsere Vorstandsarbeit suchen wir weiterhin aktive Mitglieder. Die Frauen sind derzeit stark untervertreten. Wir freuen uns sehr auf Ihre Bewerbung.

Im Namen des Gesamtvorstandes wünsche ich Ihnen allen einen schönen Sommer!

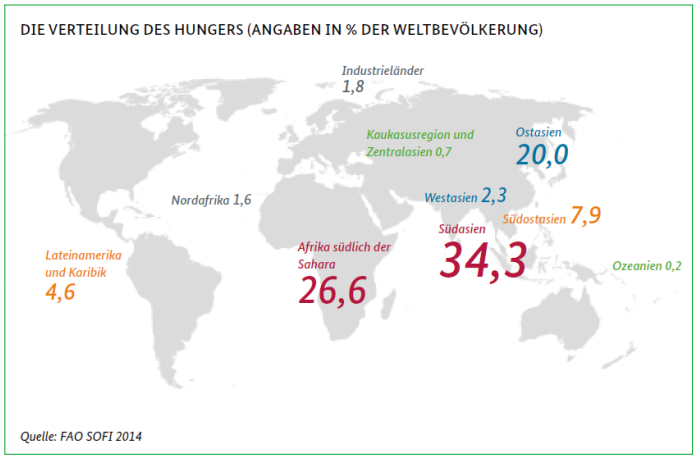
Freundliche Grüsse
Roland Schmutz, Präsident ECOPOP

I M P R E S S U M

Präsident: Roland Schmutz, Epsach, BE
Redaktion: Andreas Thommen,
Adresse: ECOPOP Sekretariat, Postfach 14, 5078 Effingen
Telefon: 056 511 51 66, Mobile: 079 534 17 62
E-Mail: sekretariat@ecopop.ch,
Spenden: Postkonto 30-35461-7

Patronatskomitee: Prof. Jürg A. HAUSER, Weggis | Dr. med. Roland MATTER, Basel | Walter PALMERS, Sursee | Prof. Manfred REHBINDER, Zürich | Dr. Philippe ROCH, Russin | Prof. Peter SCHIESS, Basel | Prof. Dieter STEINER, Zürich | Prof. Axel MEYER, Konstanz | Prof. Paul EHRLICH, Stanford, USA.

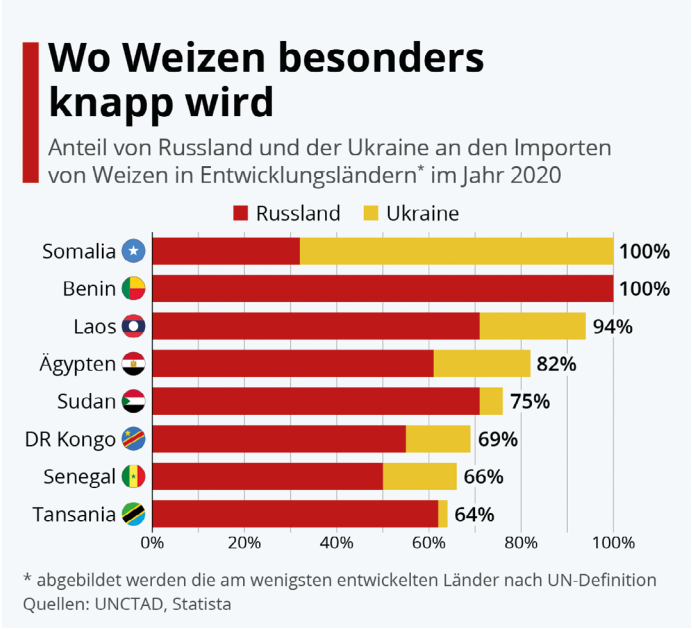
David Beasley, Exekutivdirektor des UNO World Food Programme, trifft im März in Krakovets auf Ukrainerinnen, welche vor dem Grenzübergang zu Polen warten.
Foto: WFP.



Noch immer hungern zuviele Menschen. Vor allem in Afrika südlich der Sahara und in den bevölkerungsreichen Staaten Südostasiens sind Hunger und Unterernährung weit verbreitet.

Ein Ausfall der Getreidelieferanten würde nach Einschätzung der UNO vor allem die Lebensmittelversorgung vieler Menschen in Afrika gefährden. 45 afrikanische Länder importierten vor dem Krieg das Getreide mehrheitlich aus der Ukraine und aus Russland, darunter Ägypten und Tunesien.

Doch nicht nur in afrikanischen Gebieten droht eine Verschärfung der Lebensmittelknappheit. Die Türkei kauft rund 65 Prozent ihres Weizens aus Russland. Libanon droht bereits der Kollaps. 90 Prozent seiner Weizenimporte hat das Land bisher aus der Ukraine bezogen. Hinzu kommen starke Preissteigerungen bei Pflanzenölen, denn die Ukraine und Russland exportieren normalerweise auch große Mengen an Sonnenblumen- und Rapsöl.



Für viele weitere Länder wie Kamerun, Nigeria, Algerien, Libyen, Äthiopien, Kenia und Mosambik sehen Experten ebenfalls empfindliche Folgen in der Nahrungsmittelversorgung. Die Lage war jedoch schon vorher dramatisch. 283 Millionen Afrikaner hatten schon vor dem Konflikt nicht ausreichend zu essen, so die Vereinten Nationen. Es könnten nun noch viel mehr werden. Fast alle Länder der Afrikas beziehen Weizen aus der europäischen Krisenregion, 18 Länder sogar mehr als die Hälfte ihres Bedarfs. In Ostafrika sind es sogar 90 Prozent.

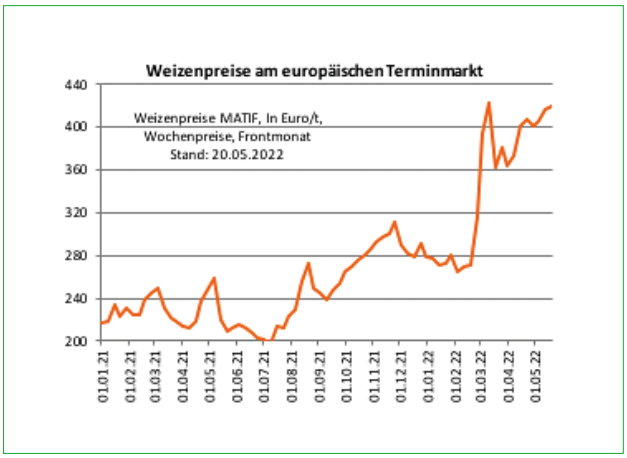
Gerade diese Region ist aber - nach langer Trockenheit und Heuschreckenplagen - ohnehin schon am Ende ihrer Kräfte. «Wir schätzen, dass schon für 81 Millionen Menschen in Ostafrika und am Horn von Afrika die Ernährungslage unsicher ist,» sagt der für Ostafrika zuständige Direktor des Welternährungsprogramms (WFP), Michael Dunford. Das sei ein Anstieg von 60 Prozent gegenüber Juni 2021. «Das Risiko einer Hungersnot ist real, schlimmstenfalls werden 100 Millionen mehr Menschen Hunger leiden», schätzt Matin Qaim, Professor für Agrarökonomie an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Er weiss auch, was Abhilfe schaffen könnte: «weniger Fleisch essen, weniger Biosprit produzieren».

PREISEXPLOSION BEIM WEIZEN

Der Weizenpreis in der Ukraine selber ist um mehr als 30% eingebrochen, während er in der übrigen Welt geradezu explodiert. Seit dem 24. Februar, dem Ausbruch des Ukrainekrieges, hat sich der Preis für eine Tonne Brotweizen von 280 Euro auf über 400 Euro erhöht. Schuld daran ist (noch) nicht eine tatsächliche Verknappung, sondern spekulative Geschäfte an den Warenterminbörsen (siehe dazu die Empfehlungen der IPES-Food unten).

«Im Moment sind die Getreidesilos der Ukraine voll. Gleichzeitig stehen 44 Millionen Menschen am Rande einer Hungersnot», so Beasley. Mit Blick auf die steigenden Kosten für Lebensmittel, Treibstoff und Transporte betont Beasley, dass niemand gegen die Folgen des anhaltenden Krieges immun sei.

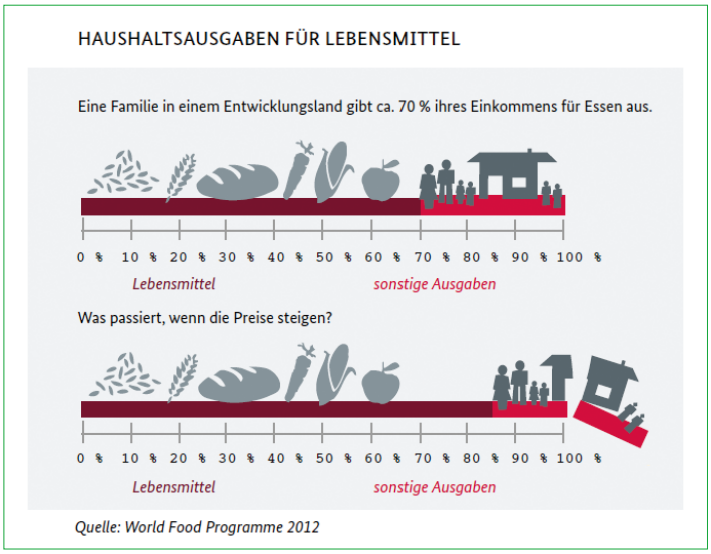
Heute, da sich eine Rekordzahl von Menschen fragen muss, was sie morgen essen, werden die Ernten der ukrainischen Bauernhöfe nicht dorthin transportiert, wo sie am dringendsten benötigt werden.



Grafik: Entwicklung der Weizenpreise in Euro /Tonne. (Quelle: agrarheute.de).

PREISSTEIGERUNG TREFFEN DIE ÄRMSTEN

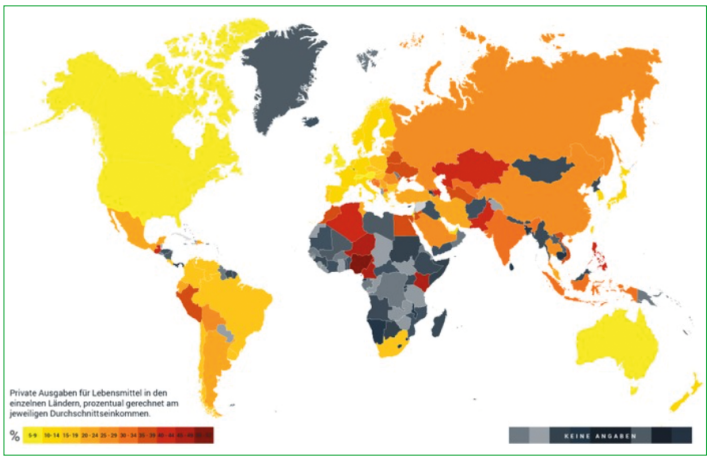
Das Problem ist, dass viele Menschen keine Reserven mehr haben, wenn die Nahrungsmittelpreise auch nur leicht ansteigen.



Viele Menschen sind auf billige Grundnahrungsmittel angewiesen. Schon nur eine kleiner Preisanstieg führt dazu, dass es für anderes, zum Beispiel das Schuldgeld, nicht mehr reicht.

JE MEHR GELD, DESTO WENIGER WIRD IN ESSEN INVESTIERT

Je höher das Bruttoinlandsprodukt, desto geringer sind die Ausgaben für Nahrungsmittel. Gerechnet auf den BIP pro Kopf gibt kaum ein europäisches Land mehr als 20 Prozent für Lebensmittel aus. Am geringsten sind die Ausgaben in Industrienationen wie USA, Großbritannien, Schweiz und Kanada. In Ländern wie Nigeria, Kenia oder Kamerun nehmen die Kosten für Lebensmittel den größten Teil der monatlichen Ausgaben ein.



In der Schweiz geben wir im Durchschnitt 6.4% des Einkommens für Lebensmittel aus. In armen Ländern kann dies über 80% der Haushaltsausgaben ausmachen.

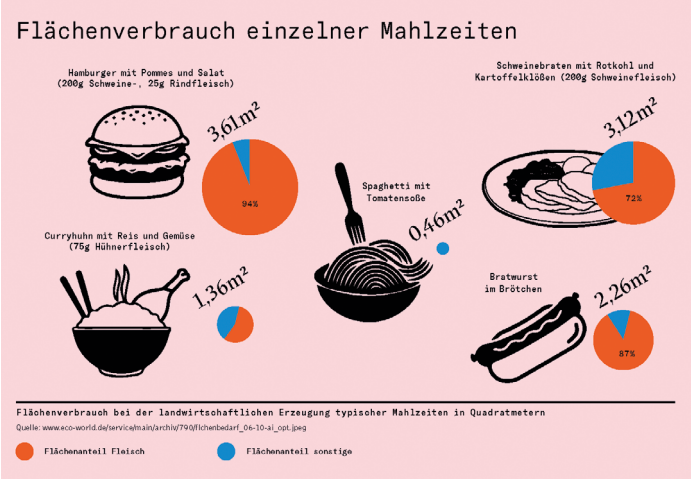
So werden in Nigeria beispielsweise 120 $ für Lebensmittel ausgegeben bei einem monatlichen Budget von 212 $. In den USA geben die Menschen von ihren monatlichen 4205 $ gerade einmal 269 $ für Essen aus. In der Schweiz wurden im Jahr 2020 rund 6,4 % des Einkommens für Nahrungsmittel ausgegeben. In Spanien und Rumänien sind es fast 25%!

ERNÄHRUNGSGEWOHNHEITEN BEEINFLUSSEN DEN BEDARF

Zwischen 1963 und 2005 stiegen die landwirtschaftlich bewirtschafteten Flächen weltweit um 30%, von ca. 840 auf 1'100 Millionen Hektar. Betrachtet man die Nahrungsmittel, die hier produziert wurden, war die zunehmende Nachfrage an tierischen Produkten die Hauptursache. Diese war für fast 50% des Anstiegs verantwortlich. Dicht gefolgt von pflanzlichen Ölen, Gemüse und Früchten, die 20%, 12% und 9% der Steigerung ausmachten. Diese drei Kategorien wiesen auch den größten relativen Anstieg im Verlauf der Studie auf: Die Anbauflächen haben sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt.

Auf globaler Ebene war die markanteste Entwicklung während der letzten Jahrzehnte, ein kontinuierlicher Anstieg des durchschnittlichen Kalorienverbrauchs, von ca. 2.250 auf ca. 2.750 kcal pro Person und Tag. Entscheidend war nicht nur der Anstieg der verfügbaren Nahrungsmittel, sondern auch die Veränderung der Nachfrage.

Typischerweise verstärkt sich der Konsum von tierischen Eiweißen und Pflanzenölen, während stärkehaltige Nahrungsmittel unwichtiger wurden. In Europa und Nordamerika z.B. entfielen etwa 75% bis 80% der benötigten Flächen auf die Produktion von tierischen Erzeugnissen, Stimulanzien (d.h. Kaffee, Tee und Kakao), alkoholische Getränke sowie Gemüse und Öle. Für die ärmsten Regionen in Ost-, Mittel- und Westafrika hingegen betrug der Anteil dieser Nahrungsmittel nur 25%.

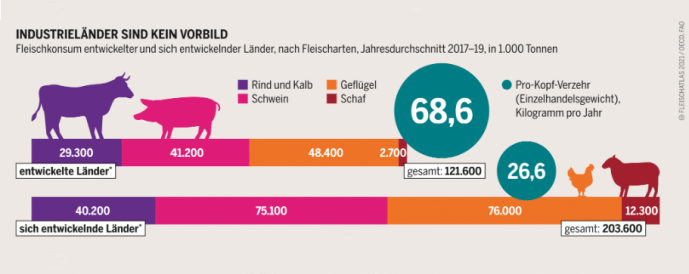


Unser Lebenstil mit viel tierischen Produkten , aber auch mit Genussmitteln wie Tabak, Alkohol, Kaffee, Tee etc. belastet die Umwelt und benötigt viel Anbauflächen. Grafik: Böll-Stiftung, de

Der größte Teil der weltweiten Bevölkerung lebt in Entwicklungs- und Schwellenländern. Der Bedarf an Anbauflächen wird hier kontinuierlich steigen. Müsste man 9 Milliarden Menschen mit westlichen Essgewohnheiten mit Nahrung versorgen, bräuchte man das Doppelte der derzeit bewirtschafteten Ackerflächen.
(Quelle www.pflanzenforschung.de).

STEIGENDER WOHLSTAND = STEIGENDER FLEISCHKONSUM

Der weltweite Fleischkonsum hat sich in den vergangenen 20 Jahren mehr als verdoppelt und erreichte 360 Millionen Tonnen im Jahr 2018. Die Bevölkerung ist gewachsen, die Einkommen sind gestiegen – beide Faktoren haben die Zunahme zu ungefähr gleichen Teilen verursacht. Die Prognosen für die Fleischindustrie waren ohnehin schon gut – bis 2028 wird der Fleischkonsum möglicherweise noch einmal um 13 Prozent wachsen.



Der Gesamtbedarf an Fleisch berechnet sich aus Pro-Kopf-Verbrauch X Anzahl Menschen. Gleicht sich der Pro-Kopf Verbrauch in den aufstrebenden Ländern unserem (ungesunden) Niveau an, dann explodiert der Fleischbedarf!

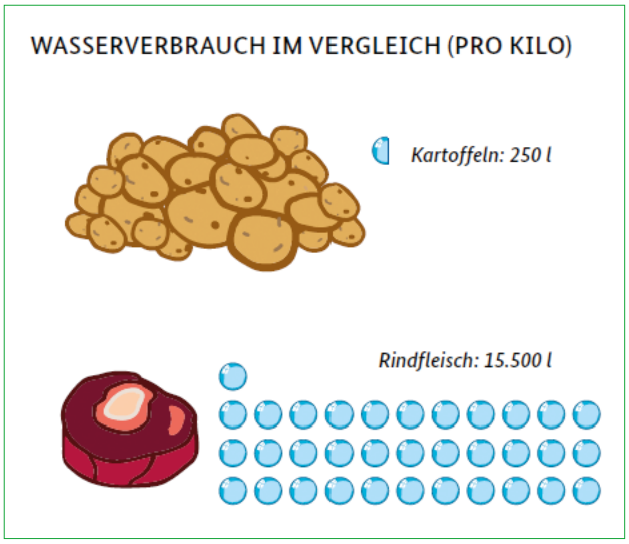
In den meisten Industrienationen liegt der Fleischkonsum seit Jahrzehnten relativ konstant auf hohem Niveau. Während in der Schweiz 2019 fast 55 Kilogramm pro Person gegessen wurden, sind es in den USA und Australien mehr als 100 Kilogramm. Seit einigen Jahren sinkt die Nachfrage in einigen Industrieländern leicht, weil die Bedenken bezüglich Gesundheit, Tierwohl und Umwelt zunehmen.

Das größte Wachstum des Fleischkonsums wird in den Ländern des Südens stattfinden. Der Industrieländerorganisation OECD zufolge steigt die Nachfrage dort bis 2028 vier Mal mehr als in den Industrieländern. Ausgehend von einem viel geringeren Niveau, dafür aber mit deutlich größerem Bevölkerungswachstum als in den Industrieländern, ist der zusätzliche Konsum pro Person nicht sehr hoch. Auf dem afrikanischen Kontinent wird das besonders deutlich. Dort wächst die Nachfrage insgesamt zwar besonders schnell, aber pro Person steigt der Fleischkonsum in den nächsten zehn Jahren kaum – von 17 auf 17,5 Kilogramm. Auf die bevölkerungsreichste Nation der Welt, China, entfällt fast ein Drittel des gesamten heutigen Fleischkonsums und ein Drittel des Wachstums der vergangenen 20 Jahre, auch wenn der Pro-Kopf-Verbrauch immer noch bei weniger als der Hälfte des Verbrauchs in den USA liegt. Die Nachfrage nach Fleisch wird wohl auch in China weiter steigen, das Wachstum jedoch deutlich geringer werden. Denn die Sorge um Übergewicht wächst, und ab 2030 wird die Bevölkerungszahl wieder zurückgehen.

VEGETARIER SIND IMMER NOCH EINE MINDERHEIT

Eine vegetarische Ernährung würde wesentlich dazu beitragen, dass mehr Ackerflächen direkt für die menschliche Ernährung zur Verfügung stünden.

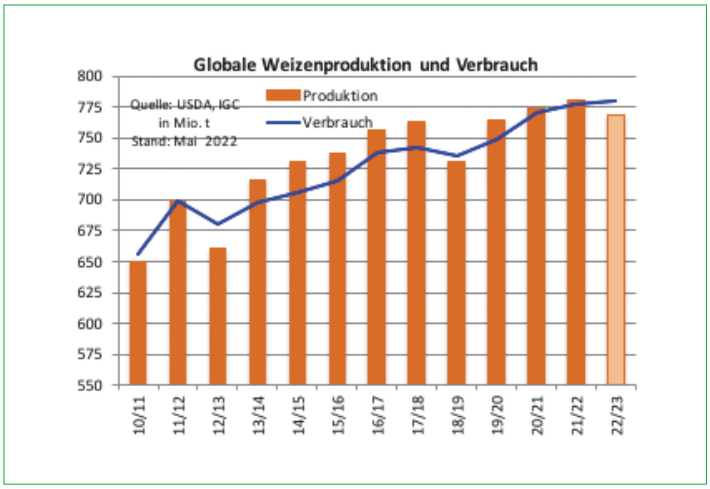
Mit einem Anteil von 38 Prozent stellt Indien die Nation mit den meisten Vegetariern weltweit. In Zahlen sind das knapp eine halbe Milliarde Menschen. Dahinter siedeln sich Israel (13 Prozent), Taiwan (12 Prozent) und Italien und Schweden an (jeweils 10 Prozent).



Fleischkonsum belastet den Wasserhaushalt stark! Grafik: UN DESA, BMUB 2014.

WIE STEHT ES UM DIE WELTWEITEN NAHRUNGSMITTELVORRÄTE?

Für das Erntejahr 2021/22 prognostizierte das Landwirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten (USDA) einen weltweiten Konsum von rund 787,47 Millionen Tonnen Weizen. Das Getreide ist mit Mais und Reis das wichtigste Produkt des Pflanzenbaus und somit eine Säule der Welternährung.



Getreide wird richtig knapp – Globale Ernte deckt nicht Verbrauch | agrarheute.com

Für das Jahr 2022 erwartet man, dass die Weizenproduktion kleiner ist als der Verbrauch. Daher müssen Lagerbestände abgebaut werden.

Für das Erntejahr 2021/22 schätzte das USDA die weltweiten Lagerbestände von Weizen auf rund 281,5 Millionen Tonnen. Das ist ein gutes Drittel des Weltbedarfes und eigentlich beruhigend viel! Davon machen jedoch die chinesischen Reserven mit 143 Millionen Tonnen die Hälfte aus und stehen dem globalen Markt eigentlich nicht zur Verfügung.

Oberstes Ziel der chinesischen Führung ist nach wie vor eine ausreichende oder möglichst hohe Selbstversorgung – das ist auch der Grund für die extrem hohen und kostenintensiven Lagerbestände.

Um die Dimension deutlich zu machen: in der EU liegen am Ende der Saison noch 11 Millionen Tonnen Weizen in den Lagern und in den USA sind es 18 Millionen Tonnen.

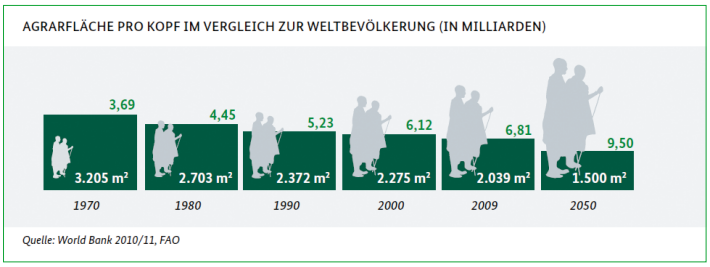
Für Europa besteht keine Gefahr von Knappheit. Die EU selber, allen voran Frankreich, Deutschland und Rumänien sind grosse Weizenexporteure. Gleichzeitig werden jedoch Futtermittel wie Soja und Mais importiert.

LASSEN SICH AUSBLEIBENDE RUSSISCHE UND UKRAINISCHE LIEFERUNGEN KOMPENSIEREN?

Man kann das, was normalerweise in Russland und der Ukraine auf vielen Millionen Hektaren mit sehr guter Bodenqualität produziert wird, nicht ohne Weiteres durch Mehrproduktion anderswo kompensieren. Dazu sind ohne weitere Naturraumzerstörung nicht genug Flächen vorhanden. Außerdem fehlen auch Düngemittel, die ebenfalls in großen Mengen aus Russland, der Ukraine und Belarus exportiert werden.

ACKERFLÄCHE PRO KOPF NIMMT DRAMATISCH AB

Generell haben wir wegen dem starken Bevölkerungswachstum und der zunehmenden Degradierung der Böden durch Übernutzung künftig immer weniger Ackerflächen pro Kopf zur Verfügung. Siehe Grafik unten. Zum Vergleich: in der Schweiz haben wir aktuell noch eine Ackerfläche von 470 m2/Kopf.



Die Bevölkerung wächst, während gleichzeitig wertvolle Ackerböden degradieren!

Ob man dieser Verknappung des Ackerlandes mit einer weiteren Intensivierung oder mit einer Ökologisierung begegnet, darüber streiten sich die Fachleute. Siehe dazu unten den Bericht des IPES-Food Expertenrates.

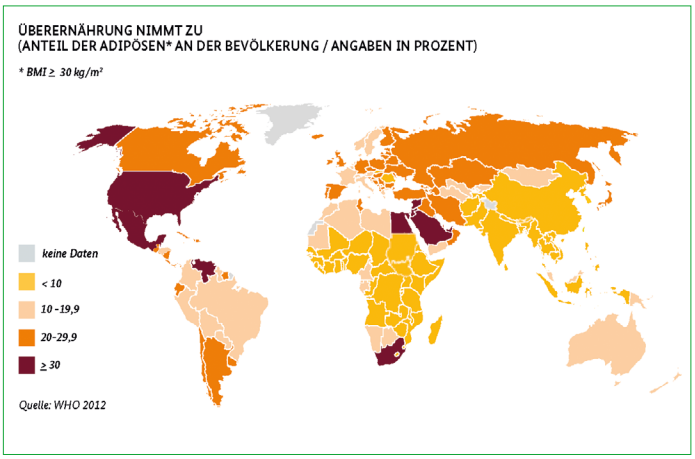
AUCH DÜNGER WERDEN ZUR MANGELWARE

Tatsache ist, dass Phosphor, unersetzlicher Grundstoff jeglichen Lebens, zur Neige geht. Die Prognosen, wann die weltweiten Vorräte erschöpft sein werden, schwanken zwischen 100 und 300 Jahren. Klar ist, dass der Hunger einer stetig wachsenden Weltbevölkerung die Nachfrage nach dem kostbaren Nährstoff, der in nahezu jedem Mehrkomponenten-Dünger steckt, weiter anheizen wird. Insbesondere für Länder in Europa, die keine eigenen Vorkommen haben, könnte es dann schwer werden, den Bedarf zu decken.

Von den weltweit abgebauten 190 Millionen Tonnen Rohphosphor pro Jahr werden 80 Prozent zu Dünger verarbeitet. Denn vor allem der Fleischhunger der westlichen Welt und der neue Wohlstand in aufstrebenden Ländern wie Indien und China treiben die Nachfrage nach Dünger für Futtermittel in die Höhe. Ein Blick auf die Weltmarktpreise zeigt, wie knapp der Nährstoff geworden ist. In den vergangenen Jahren stieg der Preis für Phosphat deutlich an. Von 1990 bis 2005 lag der Preis zwischen 30 und 40 US-Dollar die Tonne. Seitdem sind die Preise stark angestiegen und schwanken auf hohem Niveau, 2021 lag der Preis bei 120 US-Dollar die Tonne.

ÜBERGEWICHT AUCH IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN AUF DEM VORMARSCH

Das Einkommen vieler Millionen Menschen in Asien, Lateinamerika und Afrika steigt. Sie werden als die «neuen Mittelschichten» der Schwellen- und Entwicklungsländer bezeichnet, ihre Zahl wächst und wird Mitte des Jahrhunderts die Milliardengrenze erreichen. Wie zuvor in den industrialisierten Ländern ändern sich mit mehr Wohlstand auch Lebensstil und Konsumgewohnheiten. Sitzende Tätigkeiten nehmen zu, ebenso der Verzehr von Fleisch, Zucker, Süßgetränken, Milchprodukten, Fett, Pflanzenölen und generell von verarbeiteten Lebensmitteln, während der von Hülsenfrüchten, Gemüse und grobkörnigem Getreide zurückgeht. Die veränderten Verzehr- und Lebensgewohnheiten führen zu mehr Fettleibigkeit und «Wohlstandskrankheiten» wie Bluthochdruck. Diabetes gilt heute schon als die neue «afrikanische Volkskrankheit». Wo ehedem überwiegend Unterernährung herrschte, treten heute vermehrt Fehl- und Mangelernährung auf, auch bei den ärmsten Bevölkerungsgruppen. Unter-, Fehl- und Mangelernährung können sogar gleichzeitig in ein und demselben Haushalt vorkommen.



Adipositas auf dem Vormarsch – gleichzeitig mit dem Hunger in der Welt nimmt auch die Anzahl übergewichtiger Menschen rasant zu. Dies vor allem in Ländern, welche sich sehr einseitig und mit zu kalorienhaltigen Nahrungsmitteln und Getränken ernähren. Bis zu 811 Millionen Menschen hungern auf diesem Planeten, während 1,9 Milliarden an Übergewicht und krank machender Fettleibigkeit (siehe unten mit Bodymassindex über 30!) leiden.

GROSSBAUSTELLE FOOD WASTE

Eine weitere Möglichkeit, die ohnehin schon knappen Ressourcen zu schonen, wäre weniger Lebensmittel wegzuwerfen. Unter dem Begriff «Food Waste» ist dieses Problem aktuell in unseren Medien sehr präsent.

Derzeit gehen in der Schweiz jedes Jahr ungefähr 2.8 Millionen Tonnen Lebensmittel verloren. Dies entspricht etwa 330 kg vermeidbarem Lebensmittelabfall pro Person und Jahr oder 37% der landwirtschaftlichen Produktion (Inland und Auslandproduktion zur Deckung des Schweizer Lebensmittelkonsums).

Eine im Jahr 2019 erschienene ETH-Studie, die im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt erstellt wurde, zeigt, welche Auswirkungen Lebensmittelverluste auf Umwelt, Klima und Portemonnaie haben. Die Kosten der vermeidbaren Lebensmittelabfälle in Schweizer Haushalten machen über 600 CHF pro Person und Jahr aus. Dies ergibt hochgerechnet auf die gesamte Schweiz über 5 Milliarden Franken, wobei Lebensmittelverluste auf anderen Stufen der Lebensmittelkette noch nicht inbegriffen sind. Das «Sustainable Development Goal» (SDG) 12.3 sieht die Halbierung der vermeidbaren Lebensmittelverluste bei den Endverbrauchern bis 2030 vor.

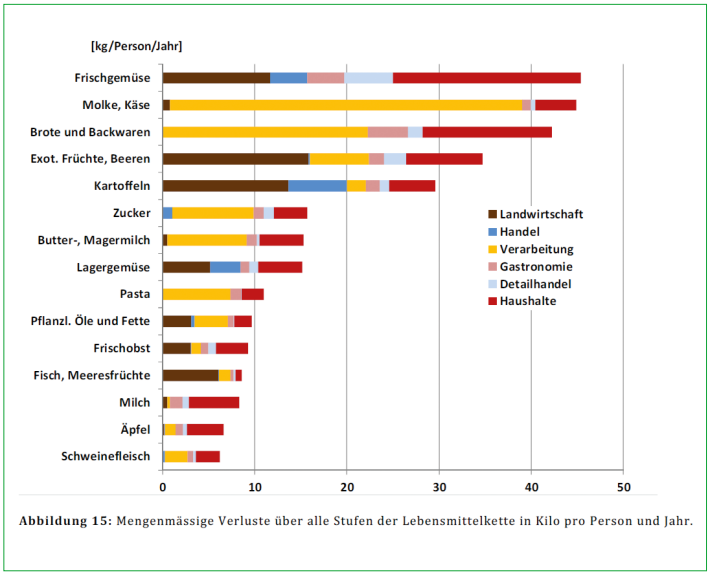
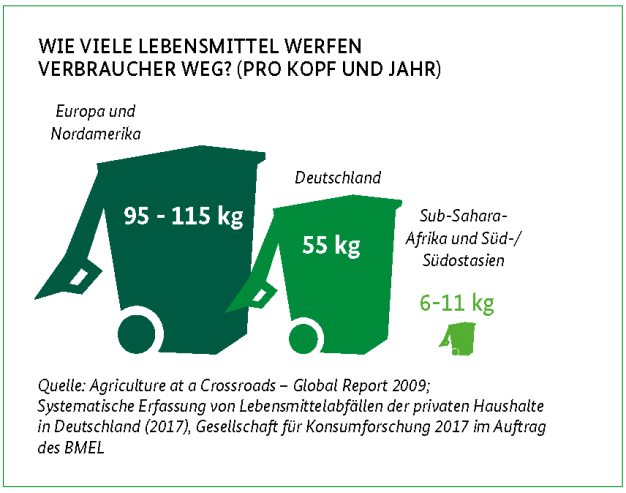


Abbildung 15: Mengenmässige Verluste über alle Stufen der Lebensmittelkette in Kilo pro Person und Jahr.

Abbildung oben zeigt die Top 15 Lebensmittelkategorien bezüglich Food Waste-Mengen über alle Stufen der Lebensmittelkette. Frischgemüse und Molke machen die grössten Mengen aus. Wegen ihres hohen Wassergehaltes erscheinen sie aber bei einer Betrachtung des Nährwertes nicht als Spitzenreiter. Weiter liegen Brote und Backwaren, exotische Früchte und Beeren sowie Kartoffeln deutlich über dem Durchschnitt.
Quelle: C. Beretta & S. Hellweg (2019): Lebensmittelverluste in der Schweiz: Mengen und Umweltbelastung. Wissenschaftlicher Schlussbericht, Oktober 2019. ETH Zürich
(Download: www.bafu.admin.ch/lebensmittelabfaelle)

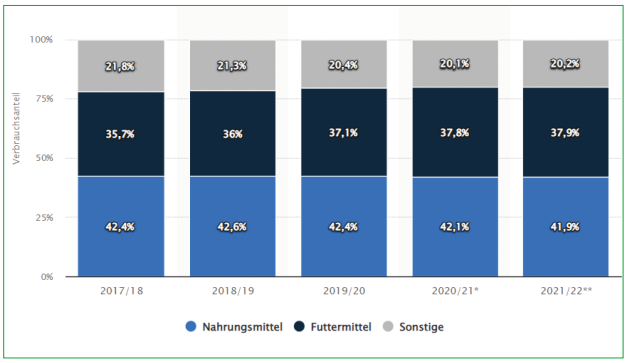


Eine Studie der deutschen Gesellschaft für Konsumforschung kommt auf wesentlich tiefere Werte, allerdings wurde hier nur berechnet, was die Konsumentinnen selber entsorgen. Die Grafik zeigt, dass andere Menschen, welche weniger im Überfluss leben, weit sorgsamer mit Lebensmitteln umgehen.

GRÜNE MINISTERIN WILL BIOSPRIT STOPPEN

2,7 Milliarden Tonnen Getreide wurden 2019 weltweit geerntet, mehr denn je zuvor. Doch nur 43% des Getreides dient als Lebensmittel. Der Rest wird zu Tierfutter, Sprit und Industrierohstoffen verarbeitet.

VERWENDUNG DER WELTWEITEN GETREIDEERNTE



Statista agrarheute.com

Allein in Deutschland wachsen auf 2,7 Mio ha Ackerland, gut einem Fünftel der Ackerfläche von 11,8 Millionen Hektar, nachwachsende Rohstoffe (Mais für Biogasanlagen, Raps für Biosprit etc.). Würden auf diesen 2,7 Millionen Hektar Weizen für die Nahrungsmittelverwendung angebaut, könnten allein in Deutschland etwa 18 Millionen Tonnen Weizen zusätzlich produziert werden.

Am 17. Mai forderte die deutsche Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne), den Einsatz von Biokraftstoffen aus Nahrungs- und Futtermittelpflanzen in den kommenden Jahren schrittweise zu reduzieren und bis 2030 ganz auslaufen zu lassen. Die Verbände der Industrierohstoffproduzenten, welche in jahrelanger Aufbauarbeit diese Lieferketten bis an die Tankstelle aufgebaut haben, wehren sich dagegen. Die Zielkonflikte zwischen umweltpolitischen Ambitionen (hier Reduktion des CO2-Ausstosses) und Nahrungsmittelsicherheit spitzen sich zu.

Quelle, Text: www.weltagrarbericht.de

ÖKOLOGISIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT GEFÄHRDET

Mit dem «Green Deal» hat sich die EU ambitiöse Umweltziele gesetzt. Bis 2030 soll der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft halbiert werden. Die Strategie umfasst auch eine Reduktion der Düngemittel und die Senkung des CO2-Ausstosses.

Der «Green Deal» ist umstritten. Neue Studien zeigen übereinstimmend, dass der «Green Deal» zu einer Reduktion der landwirtschaftlichen Produktion in der EU und zu sinkenden Einkommen der Bauern führt. Gleichzeitig importiert die EU mehr Agrargüter und die Konsumenten zahlen höhere Preise. Auch steigt der Landverbrauch im Rest der Welt.

Eine Studie des amerikanischen USDA zeigt zudem anschaulich, was die bewusste Verknappung der landwirtschaftlichen Produktion durch die EU weltweit bedeuten könnte. Global würden die Preise um 9 Prozent steigen und die Ernährungssicherheit von weiteren 22 Millionen Menschen gefährden, weil die EU mehr Landwirtschaftsgüter importieren müsste. Die sinkende landwirtschaftliche Produktion in der EU gefährdet somit die Versorgungssicherheit andernorts.

DER BUNDESRAT KREBST ANGESICHTS DER UKRAINEKRISE ZURÜCK

Um die Annahme der Trinkwasser- und der Pestizidinitiative zu verhindern, hatte der Bundesrat im letzten Jahr versprochen, dass er Vorschläge zur Ökologisierung der Landwirtschaft vorlegt. Dies hat er nun am 14. Mai 2022 gemacht. Die Massnahmen gehen in eine ähnliche Richtung wie der Green Deal der EU, siehe oben.

Neu ist, dass ab dem 1. Januar 2023 keine Pflanzenschutzmittel mehr verwendet werden dürfen, deren Wirkstoffe ein hohes potenzielles Risiko aufweisen. Zudem möchte der Bundesrat die Nährstoffverluste bis 2030 um 20 Prozent reduzieren. Zudem müssen ab 2024 auf mindestens 3,5% zusätzlicher Ackerfläche spezifische Biodiversitätsförderflächen angelegt werden.

Der Schweizer Bauernverband kann diese Entscheide in keiner Art und Weise nachvollziehen. In einer Medienmitteilung vom 6. Mai bekundete er: «Sie schwächen die einheimische Landwirtschaft als Ganzes, die pflanzliche wie tierische Produktion gleichermassen. Es bleibt das grosse Unverständnis und die Erkenntnis, dass unsere Regierung offenbar im Elfenbeinturm lebt und die aktuelle weltweite Entwicklung an ihr vorübergeht.»

Die Inkraftsetzung wurde kürzlich vom Bundesrat, aufgrund der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, auf die weltweite Versorgung um ein Jahr, auf 2024 verschoben!

Weitere Quellen:

> *Video: Angst vor Hungerkrise: Weizen-Exporte aus Ukraine und Produktion stark eingebrochen | tagesschau.de, ARD vom 17.05.2022)*

> *Kein Weizen aus der Ukraine: Droht nun eine Hungersnot? - Die Doku | ARTE*

> *Wie es um die Ernährungssicherheit steht: Ausfall der Ukraine als Getreide-Exporteur trifft Afrika hart - manager magazin (manager-magazin.de)*

> *Explodierende Weizenpreise: «Im schlimmsten Fall bis zu 100 Millionen mehr Hungernde» - manager magazin (manager-magazin.de)*

Andreas Thommen,
Geschäftsführer von ECOPOP

SCHWEIZ IST WELTMARKTFÜHRER BEIM GETREIDEHANDEL – WIR STEHEN IN DER VERANTWORTUNG!

Die Schweiz ist weltweit der mit Abstand wichtigste Handelsplatz für Landwirtschaftsgüter. Laut dem Rohstoffbericht, den der Bundesrat 2018 veröffentlichte, wird ein beträchtlicher Teil aller weltweit geernteten Agrargüter in der Schweiz gehandelt. Der Anteil variiert stark zwischen den einzelnen Rohstoffen. Bei Pflanzenölen wie Palmöl sind es 56 Prozent, bei Kaffee 53, bei Zucker 44, bei Weizen 44, bei Kakao 35 und bei Baumwolle 28 Prozent. Beim Getreidehandel sind die Zahlen noch eindrücklicher. Laut dem Branchenverband Swiss Trading & Shipping Association werden 60 Prozent aller Getreide in der Schweiz gehandelt. Die Namen der Agrar-Rohstoffhändler sind jedoch kaum bekannt. Die vier grössten heissen Archer Daniels Midland, Cargill, Bunge, und Louis Dreyfus Commodities (LDC). Sie wickeln ihren gesamten Getreidehandel am Genfersee ab. 2017 verlagerte zudem der staatliche chinesische Rohstoffhändler COFCO den weltweiten Hauptsitz für seine Handelstätigkeiten nach Genf.

Einflussreiches Powerduo: Die Petersburgerin Margarita Louis-Dreyfus, Witwe von Robert Louis-Dreyfus, beherrscht heute den Getreidehandelskonzern LDC. Mit 53 bekam sie nochmals Zwillinge. Der Vater der Babys ist Philipp Hildebrand, ehemaliger Präsident der Schweizer Nationalbank und heute Vize des weltgrößten Vermögensverwalters Blackrock in London.

Genf hat London abgelöst

Mittlerweile haben mehr als 500 Rohstoffhandelsfirmen einen Standort in der Schweiz. Die Stadt Genf ist der wichtigste, gefolgt von den Kantonen Waadt und Zug. Genf hat vor wenigen Jahren London als weltweit grössten Handelsplatz für Rohwaren abgelöst und ist nun die Nummer eins bei Öl, Zucker, Kaffee, Getreide, Reis und Ölsaaten. Der Kanton Genf profitiert von den Rohstoffhändlern in besonderem Mass. 22 Prozent seines Budgets stammt von ihren Steuern.

Die genauen Zahlen zu erfassen, ist aber schwierig, denn der ganze Rohstoffhandelssektor ist höchst intransparent. Die entwicklungspolitische Organisation Public Eye sagt, dies liege in der Natur des Transithandels. Die gehandelten Güter werden normalerweise gar nicht in die Schweiz verfrachtet, sondern nur in den Handelsräumen per Mausklick verschoben.

Die rekordtiefen Steuern waren der Hauptgrund, wieso die Rohstoffhändler sich in der Schweiz niederliessen. Unter internationalem Druck verzichtete die Schweiz 2019 auf Steuerprivilegien für Holdings. Um die Rohstoffhändler nicht zu vertreiben, senkten Genf, Waadt und Zug daraufhin die Gewinnsteuersätze deutlich.

Auch heute noch werden Händler in der Schweiz mit offenen Armen empfangen. So unterzeichnete der Kanton Genf im Mai 2017 ein «Memorandum of Understanding» mit COFCO International, dem internationalen Handelszweig des chinesischen staatlichen Konglomerats «China National Cereals, Oils and Foodstuffs Corporation» (COFCO Group). Unterzeichnet vom damaligen Staatsrat Pierre Maudet in Anwesenheit der damaligen Bundespräsidentin Doris Leuthard, gewährt das Abkommen COFCO International die volle Unterstützung des Kantons für die Expansion seiner Geschäftstätigkeiten. Der Kanton verpflichtete sich ebenfalls, dem Unternehmen ein wirtschaftsfreundliches Geschäftsumfeld zu bieten.

Mehr Transparenz und Kontrolle nötig!

Aus unserer Sicht wäre mehr Transparenz wünschenswert. Getreidehandel ist angesichts von drohenden Hungersnöten keine Business as usual. Es ist keine Frage, dass ein gutes Funktionieren der Agrarmärkte von Investoren abhängt, die für die notwendige Liquidität sorgen. Die Schweiz oder vielmehr die Weltgemeinschaft stehen aber in der Verantwortung, der Spekulation mit Nahrungsmitteln Grenzen zu setzen. Die Initiative der Juso «Stopp der Spekulation mit Nahrungsmitteln» wurde 2016 mit einer 60% Mehrheit abgelehnt. Die «ungerechtfertigten» Preissprünge im Februar zeigen aber, dass andere, griffige Instrumente geschaffen werden müssen. Die Schweiz steht hier nicht alleine da. Im Rahmen des «Sustainable Development Goals» 2b verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs, «Handelsbeschränkungen und Verzerrungen auf den Weltagrarmärkten zu korrigieren und zu verhindern».

Quellen:

> *Public Eye.*

> *SECO: Rohstoffbericht des Bundesrates, 2018*

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT DER SCHWEIZ – AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Erika Häusermann

Um die Ernährungssicherheit in schweren Mangellagen vorausschauend sichern zu können, erstellt das Institut Agroscope im Auftrag des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung jährlich eine Übersicht über potenziell versorgungsrelevante Ereignisse und Entwicklungen, basierend auf Literaturanalysen und Expertenbefragungen.

Im neusten Bericht des Jahres 2021 wurden als besondere Risiken eine Strommangellage, die Saatgutimporte und der Klimawandel thematisiert.

STROMMANGELLAGE

Sowohl die Wahrscheinlichkeit als auch das Schadensausmass einer schweren Strommangellage sind im Vergleich zu anderen Risiken besonders hoch. Die Versorgung mit lebensnotwendigen Nahrungsmitteln wäre massiv betroffen. Die Auswirkungen wären vielfältig und mit den heutigen Massnahmen des Fachbereichs Ernährung der wirtschaftlichen Landesversorgung nicht innert kurzer Frist überwindbar. Entsprechend kommt dem Notvorrat in den Haushalten grosse Bedeutung zu.

PRODUKTIONSMITTEL

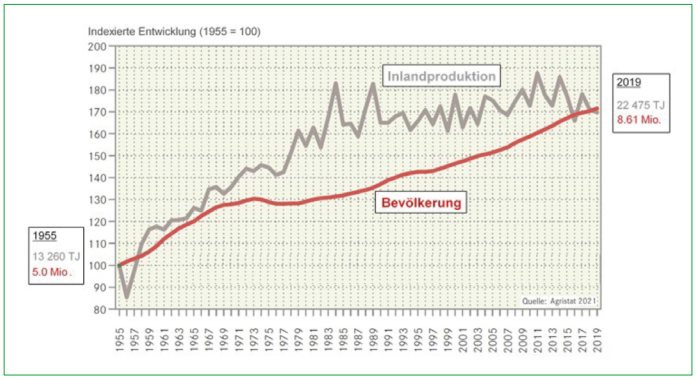
Die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft ist auf die Verfügbarkeit von Produktionsmitteln wie Dünger, Futtermittel, sowie Pflanzenschutzmittel angewiesen. Besonders hoch ist die Verletzlichkeit im Falle von Nahrungsmitteln bzw. Kulturen, deren Anbau mehrheitlich oder vollständig auf Saatgutimporten basiert.

Um die Versorgung in einer schweren Mangellage sicherzustellen, ist die Schweiz auf substanzielle Importe und damit auf die möglichst weitgehende Aufrechterhaltung der Handels- und Transportprozesse angewiesen.

BEVÖLKERUNGSWACHSTUM

Agroscope kommt in seinem Bericht zu folgender besorgniserregenden Aussage : «Die globale Nahrungsmittelproduktion kann gemäss Prognosen mittelfristig mit dem Bevölkerungswachstum mithalten. In der Schweiz ist dies hingegen nicht mehr der Fall» Während die Bevölkerungszahl weiter steigt, ist der Trend der Inlandproduktion seit einigen Jahren leicht rückläufig. Deshalb nimmt der Bedarf an Nahrungsmittelimporten tendenziell zu, obwohl der Pro-Kopf-Konsum im gleichen Zeitraum leicht gesunken ist.

Die Grafik oben zeigt die Entwicklung der Inlandproduktion und gleichzeitig die langfristige schweizerische Bevölkerungsentwicklung:



«Die globale Nahrungsmittelproduktion kann gemäss Prognosen mittelfristig mit dem Bevölkerungswachstum mithalten. In der Schweiz ist dies hingegen nicht mehr der Fall.» Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung BWL

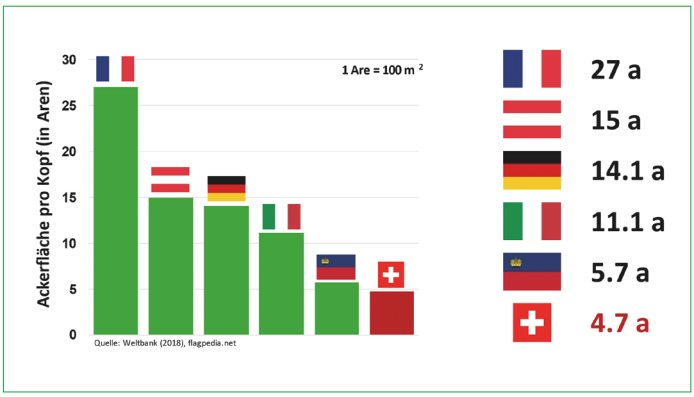
BODEN

Die landwirtschaftliche Nutzfläche der Schweiz besteht zu einem grossen Teil aus Naturwiesen, während die ackerbaufähigen Flächen nur knapp 40 % erreichen. Gleichzeitig sind die Ackerflächen wegen des Bevölkerungswachstums einem ständigen Siedlungsdruck ausgesetzt. Zwischen den Jahren 2000 und 2020 nahm die Bevölkerung um 1,5 Millionen zu, die Ackerfläche dafür um über 8000 Hektaren ab. Der Erhalt der Ackerflächen bleibt ein wichtiger Eckpunkt zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit in Krisenlagen.

ACKERFLÄCHEN

Gemäss Daten der Weltbank (2018) hat die Schweiz im Vergleich mit allen angrenzenden Ländern die kleinste Ackerfläche pro Kopf: Fast 6 mal weniger als Frankreich und 3 mal weniger als Deutschland.

VERFÜGBARE ACKERFLÄCHE PRO KOPF



Im Vergleich zu unseren Nachbarländern haben wir schon jetzt sehr wenig Ackerfläche pro Kopf zur Verfügung.

Trotzdem wächst die Bevölkerung jährlich um eine mittelgrosse Schweizer Stadt, und täglich verschwindet trotz Raumplanungsgesetz wertvolle Landwirtschaftsfläche zu Gunsten von Siedlungsfläche.

INTENSIVIERUNG ODER MEHR BIOLANDBAU?

Eine zusätzliche Intensivierung (mehr Einsatz von Dünger, Kraftfutter, Pflanzenschutzmittel, höherer Tierbesatz etc.) wäre unweigerlich mit einer höheren Belastung der Umwelt verbunden und stünde damit im Widerspruch zu den Umweltzielen in der Landwirtschaft. Im Gegensatz dazu reduziert die Umstellung auf Biolandbau die Erträge pro Ackerfläche um 20-30%.

NOTRATION

Agroscope schreibt: «Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass das Produktionspotenzial für eine zusätzliche Steigerung der Kalorienproduktion in der Schweiz aufgrund der bereits intensiven Nutzung sehr beschränkt ist».

Zur Versorgungssicherheit hat Agroscope 2015 berechnet, dass unter optimaler Nutzung des Mindestkontingents an Fruchtfolgeflächen (438'460 ha) die Bevölkerung in Krisenzeiten mit rund 2340 kcal pro Person und Tag ernährt werden kann. Dies reicht aus, um die minimalen Bedürfnisse zu decken. Die Versorgung würde sich jedoch betreffend Zusammensetzung der Nahrungsration stark von heutigen Konsumgewohnheiten unterscheiden (z.B. deutlich geringere Verfügbarkeit von Fleisch).

Zusätzlich untergraben wird die Ernährungssicherheit der Schweiz durch das permanente ungebremste Bevölkerungswachstum bei begrenzter rückläufiger Ackerfläche.

FAZIT

Die Ernährungssicherheit eines Landes ist eng mit dessen Wirtschaftskraft verbunden. Wie die meisten wohlhabenden Länder erreicht die Schweiz in entsprechenden Rankings regelmässig die vorderen Plätze (z. B. «The Economist 2020»). Selbst in reicheren Ländern kann jedoch die Stabilität gefährdet sein, unter anderem wenn eine geringe Eigenversorgung von Nahrungs- oder Produktionsmitteln besteht und Exportländer im Zuge einer weltweiten schweren Krise Exportrestriktionen erlassen, so wie wir dies jetzt gerade erleben!

Quellen:

- *Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung BWL Agroscope Science | Nr. 124 / 2021*
- *Weltbank Daten (2018): https://data.worldbank.org/indicator/AG.LND.ARBL.HA.PC?year_high_desc=false*
- *Faktenblatt zur Ernährungssicherheit: Nr.1 Selbstversorgungsgrad*
- *https://www.agrarforschungschweiz.ch/2021/08/zunehmende-herausforderungen-fuer-die-ernaehrungssicherheit-der-schweiz/*

Erika Häusermann
Grünliberale Partei SG
Vizepräsidentin ECOPOP

ENERGIE UND GENDER: MODERNE BRENNSTOFFE FÜRS KOCHEN BESCHLEUNIGEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL

Medienmitteilung des POTSDAM-INSTITUT FÜR KLIMAFOLGENFORSCHUNG
"Wir haben festgestellt, dass die Umstellung auf moderne Brennstoffe wie Gas oder auch Elektrizität fürs Kochen nicht nur die Gesundheit verbessert, sondern die Frauen auch von der Notwendigkeit befreit, viele Kinder zu haben, um zeitraubende Hausarbeiten wie das Holz Holen oder das Kochen auf offenen Feuerstellen zu erledigen. Moderne, sauberere Brennstoffe verschaffen ihnen mehr Zeit, sich zu informieren und sich zu bilden - und das hilft den Frauen letztendlich, ihre reproduktiven Rechte wahrzunehmen. Das ist eine direkte Verbindung zwischen der Umstellung auf moderne Energien und dem demografischen Wandel", erklärt Camille Belmin, Hauptautorin und Wissenschaftlerin am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung.

Das Kochen auf primitivsten Holzherden ist weltweit noch sehr stark verbreitet. Bild: w© Francis Leroy/hemis.fr/laif

«Unsere Studienergebnisse sind von großer Bedeutung, da **mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung keinen Zugang zu modernen Kochbrennstoffen hat.** Das ist ein geschlechtsspezifisches Problem, denn die Folgen treffen vor allem Frauen und Mädchen: Ihre zeitaufwändige Hausarbeit und der Mangel an Elektrizität halten sie teils nicht nur vom Schulbesuch ab, sondern auch von modernen Medien wie dem Fernsehen oder dem Internet und damit von wichtigen Informationsquellen. Und nicht zuletzt birgt das Verbrennen von Holz oder Holzkohle erhebliche Gesundheitsrisiken für alle im Haus», sagt Belmin.

Auf der Grundlage von Daten, die mehr als 25 Jahre und 44 Länder des globalen Südens abbilden, fanden die Forschenden mit Hilfe statistischer Methoden einen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Zugang zu moderner Energie und einer geringeren Zahl an Geburten pro Frau. Die stärksten Auswirkungen wurden in Ländern mit anfänglich hohen Geburtenraten festgestellt. Helga Weisz, Mitautorin vom Potsdam-Institut, sagt: «Bildung ist zweifellos auch ein Schlüssel. Der Zugang zu modernen Kochbrennstoffen und Elektrizität, die wir als moderne Energie zusammenfassen, funktioniert ergänzend zur Bildung. Sowohl moderne Energie als auch Bildung sind Wege zu mehr Entscheidungsfreiheit für Frauen, was die Anzahl ihrer Kinder angeht. Das bedeutet, dass eine Ausweitung des Zugangs zu moderner Energie wahrscheinlich auch den demografischen Übergang beschleunigen wird - bei insgesamt geringeren Kohlenstoffemissionen», sagt Weisz.

KOMMENTAR VON ECOPOP

Erstens: es ist alarmierend, wie wenig entwickelt grosse Teile der Welt immer noch sind. Kochen mit Holz auf offenen Feuern sind eine Katastrophe für die Umwelt (Abholzung, Feinstaubentwicklung) und für die Gesundheit derjenigen, welche diese Arbeit verrichten müssen.

Der Artikel verschweigt aber, dass bei Holzmangel viele auf übelste Kerosinkocher umstellen, welche für die Anwenderinnen oft noch schädlicher sind! Zudem erinnert diese Publikation auch an die in Statistik-Lehrbüchern oft zitierte Studie aus Birmingham, welche nachweisen konnte, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Anzahl Geburten und der Anzahl Storchenpaare gibt!

Vielleicht war es auch umgekehrt: Frauen mit weniger Kindern können sich einen Gaskocher leisten. Das wäre auf alle der Weg, welchen ECOPOP empfiehlt. Kein Mensch zeugt Kinder, wie in obiger Publikation suggeriert, damit er genügend Arbeitskräfte hat um Holz zu sammeln!

Der Artikel erschien auch im Deza-Heft «Eine Welt» vom Mai 2022 unter dem Titel **«Saubere Energie fördert Gleichstellung»**, was so eigentlich nicht in dem Bericht stand. Ein Nachdruck wurde uns verweigert! Das Heft erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache. «Eine Welt» gibt interessante Einblicke in die Arbeit der DEZA und kann dort gratis abonniert werden!

Andreas Thommen, Geschäftsführer von ECOPOP

Die Ergebnisse haben auch Auswirkungen auf die Politik: "Wenn man anerkennt, wie vorteilhaft moderne Energie für das Leben von Frauen ist, eröffnen sich neue Wege für die Entwicklungspolitik. Neue Programme könnten auf die Verbesserung der Lebenssituation, die Selbstbestimmung und die reproduktiven Möglichkeiten von Frauen abzielen - der Rückgang der Geburtenrate wäre schlicht eine Folge davon", schließt Belmin.

Im Gedenken an unser Gründungsmitglied

VALENTIN JAKOB OEHEN
26. JUNI 1931 BIS 2. JUNI 2022

KURZ VOR SEINEM 91. GEBURTSTAG IST VALENTIN OEHEN VERSTORBEN

Oehen war ein Pionier der schweizerischen Ökobewegung und hat sich zeitlebens gegen die Überbevölkerung unseres Planeten und gegen das schnelle Bevölkerungswachstum in der Schweiz eingesetzt.

Valentin Oehen war im Jahr 1971 Gründungsmitglied der Vorläuferorganisation von ECOPOP, der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen (SAfB). Er arbeitete danach 9 Jahre sehr engagiert im Vorstand mit und half die SAfB aufzubauen. Nachdem die SAfB die Schwarzenbach-Initiativen nicht unterstützen wollte, demissionierte Oehen 1979 als Vizepräsident und Vorstand und widmete sich u.a. dem Aufbau einer konservativ-ökologischen Partei, woran er aber mehrmals scheiterte. Später gründete er den ersten Bio-Bauernhof im Tessin.

Wir sind Valentin Oehen dankbar für sein langjähriges Engagement für die Umwelt und für ECOPOP und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Den Angehörigen sprechen wir unser herzliches Beileid aus.

Freitag, 10. Juni 2022
Der Vorstand von ECOPOP

Valentin Oehen überraschte noch vor weniger als einem Jahr in einer kurzen Ansprache anlässlich des 50 Jahr Jubiläums von ECOPOP mit seiner geistigen Frische und seinem unermüdlichen Kampfgeist.
Auf die Frage, was er ECOPOP zum fünfzigsten Geburtstag wünsche meinte er nur: Erfolg, Erfolg, Erfolg!

SVP LÄSST AUFHORCHEN

In den letzten Wochen liess die SVP aufhorchen. Zunächst erschien ein BLOG von Nationalrat Thomas Matter «In den Sümpfen von Bern», worin er erklärt, dass die SVP eine Initiative ergreifen müsse, damit die Schweiz nicht binnen weniger Jahre auf 10 Millionen Einwohner anwachse. Im weiteren sind uns drei Interpellationen von SVP Nationalrat Mike Egger, St. Gallen, aufgefallen, welche die Belastung der Umwelt durch immer mehr Menschen thematisieren.

Wir drucken in der Folge den vollen Text der von NR Matter vorgebrachten Erklärung. Thomas Aeschi, Fraktionspräsident der SVP im Bundeshaus unterstützte dieses Ansinnen und löste damit schon einen ersten Sturm der Entrüstung aus bei den Freunden ewigen Wachstums.

Bevölkerungskollaps verhindern!

von Thomas Matter, Nationalrat, Meilen (ZH)
Veröffentlicht durch SVP Schweiz, 27. Mai 2022

Die Zehn-Millionen-Schweiz ist schon bald Wirklichkeit. Wollen wir wirklich ewig so weitermachen? Und was wären die Folgen? Braucht es eine Initiative, um das masslose Bevölkerungswachstum zu stoppen?

In meinem bisherigen Leben ist die Bevölkerung in der Schweiz von 5,9 (1966) auf 8,8 Millionen angestiegen – also um fast 3 Millionen Menschen. Allein zwischen 2000 und 2020 ist die Bevölkerung um 21 Prozent oder 1.5 Millionen Menschen gewachsen! Diese Entwicklung ist sechzehnmal schneller erfolgt als in Deutschland, das ja auch ein begehrtes Einwanderungsland ist. Wir marschieren mit grossen Schritten auf eine Zehn-Millionen-Schweiz zu. Durchschnittlich wuchs die Bevölkerung in den letzten zehn Jahren um 88'000 Personen pro Jahr. Wollen wir das wirklich?

PROBLEME ZUHAUF

Die Probleme dieses Zustroms in unser Land sind weit grösser als die Vorteile. Wir müssen unsere schöne Landschaft immer mehr verbauen. Es wird immer schwieriger, die Bevölkerungsmenge bei gleichzeitig abnehmender landwirtschaftlicher Produktionsfläche sicher zu ernähren. Wir brauchen immer mehr Trinkwasser. Wir haben bald nicht mehr genug Strom für alle Menschen, die bei uns leben. Und wir können den öffentlichen wie den privaten Verkehr kaum mehr bewältigen.

Der permanente Zustrom sorgt natürlich auch für immer weiter steigende Land- und Immobilienpreise. Es können sich immer weniger Schweizer Wohneigentum leisten. Und selbstverständlich verteuern sich auch die Mieten massiv. Es braucht immer mehr Polizei und Strafverfolgungsbehörden, um die Sicherheit zu gewährleisten. Denn mit der Zuwanderung steigt nachweislich auch die schwere Kriminalität. Es müssen ständig neue Infrastrukturen bereitgestellt werden, vor allem im Sozial-, Gesundheits- und Verkehrsbereich. Wegen zu vieler fremdsprachiger Kinder sinkt das Niveau in der Volksschule.

SPIEL OHNE GRENZEN

Der Fachkräftemangel wird durch die Zuwanderung nicht behoben, sondern im Gegenteil noch verschärft. Denn es ist ein «Spiel ohne Grenzen». Je mehr Zuwanderung, desto mehr Leute braucht es, um die Zugewanderten zu betreuen: in der Verwaltung, in den Schulen und in den Spitälern. Zudem löst die Zuwanderung das Überalterungs- und das AHV-Problem nicht, denn die Zugewanderten werden auch alt und brauchen noch mehr Zuwanderung, um sich wieder zu finanzieren. Und nicht zuletzt leidet auch unsere Natur unter der Bevölkerungsexplosion: Beton statt Blumenwiesen.

So kann es nicht mehr weitergehen! Das ist doch keine langfristige Strategie für unser schönes Land. Im Jahr 2022 erwarten wir unter anderem wegen der Ukraine-Krise netto bis zu 250'000 Zuwanderer.

Was ist zu tun? Was klar ist: die masslose Zuwanderung schadet der Schweiz und ihrer Bevölkerung.

Wir prüfen deshalb Varianten, um den Kollaps der Schweiz zu verhindern. Dazu gehört auch eine Volksinitiative für eine Bevölkerungswachstumsbremse. Im Interesse der schönen Schweiz. Im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder. Im Interesse einer sicheren Zukunft in Freiheit!

KOMMENTAR VON ECOPOP

Dies ist die ungekürzte Fassung eines Editorials im SVP-Parteiblatt, bzw. wurde von Nationalrat Thomas Matter auf seinem Podcast «In den Sümpfen von Bern» veröffentlicht. Er erhielt daraufhin von NR Thomas Aeschi, Fraktionspräsident der SVP Support. Der Blick berichtete darüber.

ECOPOP ist gemäss Statuten ein parteipolitisch und konfessionell unabhängiger Verein. Wir begrüssen aber diesen Vorstoss von Nationalrat Matter und sind gespannt, ob die SVP hier wirklich nochmals einen Anlauf nimmt und welche Ausrichtung diese Initiative hat. ECOPOP ist bewusst, dass mit einer Bevölkerungsbremse auch die Wachstumsstrategie der grossen Wirtschaftsverbände durchkreuzt wird. Daher bezweifeln wir, ob die SVP als Vertretung der Gewerbler hier wirklich einen griffigen Gesetzestext vorlegt.

Gegner schon in Position

Die Gegner dieser Idee von Matter haben sich auf alle Fälle schon, nur schon auf die Publikation im Blick, in Stellung gebracht. Wer einen Blick in die Kommentarspalten wirft, wird dort feststellen, dass eine solche Initiative, falls sie wirklich kommt, mit geharnischten Reaktionen von links-grün, der angeblich weltoffenen EU-Turbos und was auch immer rechnen muss. Operation Libero lässt grüssen.

Es lässt sich jetzt schon erahnen, dass eine solche Initiative einen schweren Stand haben wird!

Siehe auch Blick vom 18. Mai 2022: https://www.blick.ch/politik/bevoelkerungswachstum-stoppen-svp-plant-erneut-zuwanderungs-initiative-id17501523.html

Motionen von Mike Egger

Umweltressourcen schonen, Zuwanderung regulieren

Am 28.2.2022 reichte Nationalrat Mike Egger, SVP St. Gallen eine Motion mit dem Titel: «Umweltressourcen schonen Zuwanderung» regulieren ein.

EINGEREICHTER TEXT

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 14, Absatz 2 des EU-Freizügigkeitsabkommens mit der EU von 1999 anzurufen mit dem Ziel, die Gefahr einer Strommangellage mittels Regulierung der Zuwanderung zu entschärfen.

BEGRÜNDUNG

Die Bevölkerung der Schweiz ist von 6,7 Millionen Menschen 1990 auf 8,6 Millionen im Jahr 2020 angewachsen. Trotz einer weltweiten Pandemie und grossen Einschränkungen im internationalen Reiseverkehr geht die massive Zuwanderung ungehindert weiter: Die Nettozunahme belief sich 2021 auf rund 61 500 Personen, nachdem auch bereits 2020 die Bevölkerung um 64 300 Einwohner gewachsen ist. Der Haupttreiber ist die Personenfreizügigkeit (PFZ) mit der EU.

Das massive Bevölkerungswachstum belastet die Umwelt und bedroht die Energiesicherheit. Der massgeblich durch die Nettozuwanderung verursachte zusätzliche Energieverbrauch kann kurzfristig nicht gedeckt werden und es besteht die Gefahr von Stromrationierungen oder sogar eines Blackouts.

Notwendig ist deshalb eine Revision des EU-Freizügigkeitsabkommens mit der EU von 1999. Diese Möglichkeit ist im Artikel 14, Absatz 2 des Abkommens enthalten der bestimmt, dass bei schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen der Gemischte Ausschuss Schweiz/EU auf Verlangen einer Vertragspartei zusammenkommt, um geeignete Abhilfemassnahmen zu prüfen.

DER BUNDESRAT EMPFIEHLT DIESE MOTION IN SEINER STELLUNGNAHME VOM 27.04.2022 ZUR ABLEHNUNG

Der Bundesrat ist sich des durch die Zuwanderung beeinflussten Bevölkerungswachstums bewusst. Die allermeisten der aus der EU/EFTA zugewanderten Personen sind jedoch Arbeitskräfte, die von der Schweizer Wirtschaft benötigt werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Zuwanderung von Arbeitskräften und der wirtschaftlichen Entwicklung besteht. Die Personenfreizügigkeit begünstigt das Wirtschaftswachstum in der Schweiz, was wiederum zum Erhalt der Arbeitsplätze im Inland beiträgt. Eine Beschränkung der Zuwanderung aus der EU könnte sich daher negativ auf die Schweizer Wirtschaft auswirken.

Die Szenarien der Energieperspektiven 2050+ gehen von einem anhaltenden Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum bis 2050 aus. Diese Szenarien bilden mitunter die Grundlage für die Beurteilung der Versorgungssicherheit und entsprechender Massnahmen.

Zur Sicherung der Versorgungssicherheit hat der Bundesrat zahlreiche Massnahmen getroffen: Mit dem vorgeschlagenen Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien will der Bundesrat den Ausbau der einheimischen erneuerbaren Energien sowie die Versorgungssicherheit der Schweiz stärken, insbesondere auch für den Winter. Die Winterproduktion soll insbesondere durch den Zubau von Speicherwasserkraft gestärkt werden. Sollte sich bis 2030 abzeichnen, dass das Ausbauziel von 2 TWh bis 2040 mit

der Grosswasserkraft nicht erreicht werden kann, soll es technologieoffene Ausschreibungen für zusätzliche Kapazitäten geben. Die Botschaft zu dieser Vorlage wurde am 18. Juni 2021 verabschiedet (BBl 2021 1666).

Nebst diesen längerfristigen Massnahmen hat der Bundesrat aber auch bereits kurz- und mittelfristige Massnahmen beschlossen. So wird bereits ab Winter 2022/23 eine Wasserkraftreserve eingerichtet. Zudem hat er das UVEK beauftragt, die Vorbereitungsarbeiten für eine allfällige Ausschreibung von Reservekraftwerken für den Fall von ausserordentlichen Knappheitssituationen aufzunehmen. Der Bundesrat will zudem mit verschiedenen Massnahmen die Effizienzpotenziale besser ausschöpfen. Dazu gehören unter anderem die Erhöhung der Fördermittel für den Ersatz von Elektroheizungen oder Auflagen für die Beleuchtung von Zweckbauten.

Für den Bundesrat ist es daher nicht angezeigt, Artikel 14 Absatz 2 des Freizügigkeitsabkommens anzurufen (FZA; SR 0.142.112.681).

Ist die Energie- und Ernährungssicherheit aufgrund Widersprüchlichkeiten gefährdet?
Im Nationalrat eingereicht am 11.05.2022 von Mike Egger, Fraktion der SVP

EINGEREICHTER TEXT
Die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums in der Schweiz (drittstärkstes relatives Wachstum in Europa seit 2007) auf das BIP pro Kopf sind umstritten. Wichtig zu wissen ist, dass das Wachstum der Bevölkerung höher ist als dasjenige des Pro-Kopf-Einkommens. Damit sind wir das einzige europäische Land mit extensivem Wachstum. Mit der Bevölkerung wächst auch die Ressourcenknappheit. Daraus resultieren Preissteigerungen, Versorgungsengpässe und Überfüllungseffekte - die aber nicht immer leicht zu beobachten sind, da sie durch andere Faktoren überlagert werden (z.B. Zinsentwicklung, Veränderung von Erwartungen). Gleichzeitig steht die Schweiz vor enormen Herausforderungen insbesondere in den Bereichen Energieversorgung sowie der Ernährungssicherheit.

Die Siedlungsfläche wächst auf Kosten der Landwirtschaft/Ernährungssicherheit um 7,7 Fussballfelder pro Tag. Staustunden durch Strassenüberlastung haben sich seit 2000 mehr als versechsfacht. Das Bahnnetz für Personen und Güter stösst an Grenzen. Die Treibhausgasemissionen sanken seit 1990 pro Kopf um 33 Prozent, der Gesamtausstoss jedoch nur um 15 Prozent wegen der Bevölkerungszunahme von 28 Prozent (1,87 Mio). Grossflächige Solar- und Windenergieanlagen gehen zulasten von Naturschutz und Biodiversität. Seit 2001 hat der Stromverbrauch pro Kopf um 10,3 Prozent ab-, der Gesamtverbrauch jedoch um 6,4 Prozent (3449 GWh) zugenommen, getrieben durch den Verkehr-, Dienstleistung- und Haushaltsektor. Letzterer verschlingt 3011 GWh mehr (ungefähr jährliche Energie aus KK Mühleberg). Die Zuwanderung macht 79 Prozent des Bevölkerungswachstums seit 2001 aus. Obige Zahlen stammen aus Bundesämtern und UN-Daten.

Wir bitten den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Bundesrat das Bevölkerungswachstum bezüglich Nachhaltigkeit für Umwelt, Energieversorgung, Wirtschaft und Ernährungssicherheit?
2. Wie will der Bundesrat die Ernährungssicherheit sowie eine sichere und bezahlbare Stromversorgung gewährleisten? Dies unter Anbetracht der Zunahme bzw. reduzierten Abnahme des Ressourcenverbrauchs aufgrund des starken Bevölkerungswachstums in der Schweiz, trotz innovationsbasierten Effizienzsteigerungen?
3. Erachtet der Bundesrat eine nachhaltige sowie selbstgesteuerte Zuwanderungspolitik als notwendig?

MEHR TRANSPARENZ BEI DER STATISTIK ZUM ENERGIEVERBRAUCH
Eine weitere Interpellation von Mike Egger «Mehr Transparenz bei der Statistik zum Energieverbrauch» wurde ebenso am 28.02.2022 eingereicht. Der Bundesrat wird darin eingeladen, das Bundesamt für Statistik anzuweisen, in seinen Publikationen systematisch die Entwicklung des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen nicht nur insgesamt, sondern gleichzeitig auch pro Kopf der Bevölkerung aufzuzeigen.

Egger hat dies folgendermassen begründet:
Die offiziellen Statistiken über den Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen der Schweiz zeigen ein unvollständiges Bild, da sie den Fokus auf die Entwicklung des Gesamtverbrauchs, bzw. der Gesamtemissionen setzen und damit die Pro-Kopf-Werte vernachlässigen. So sanken beispielsweise von 1990 bis 2019 die Treibhausgasemissionen um insgesamt 14,5 Prozent, die Abnahme pro Kopf der Bevölkerung war jedoch mit rund 33 Prozent viel stärker, entsprechend von 8,1 auf 5,4 Tonnen pro Person.

KOMMENTAR VON ECOPOP
ECOPOP ist enttäuscht, dass Bundesbern wiederholt die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums auf Ressourcenverbrauch und Versorgungssicherheit nicht wahrnehmen will und die Konsequenzen herunterspielt. Die Resilienz unserer Gesellschaft im Krisenfall wird damit weiter unterhöhlt. Die hochgesteckten Ziele der Klimakonferenzen rücken in weite Ferne. Das Versprechen der Nachhaltigkeit in der Bundesverfassung aber auch in den Verträgen von Rio wird damit einmal mehr willentlich missachtet!

Originaltexte der Motionen von admin.ch
Kommentar A. Thommen

Für das Monitoring der Wirksamkeit der Massnahmen zur Senkung des Verbrauchs und der Emissionen sind auch die Pro-Kopf-Werte entscheidend, zumal diese Grösse für die Bevölkerung verständlicher und motivierender ist als das Total der gesamtschweizerischen Entwicklung.

Der Bundesrat ist der Meinung, dass er diese Informationen bereits genügend gut darstellt und empfiehlt auch diese Motion dem Nationalrat zur Ablehnung!

GEBURTENREKORD IN DER SCHWEIZ – ZUWANDERUNG UNGEBROCHEN

Andreas Thommen

89 400 GEBURTEN IM JAHR 2021 – EIN HÖCHSTSTAND SEIT 1972

Gemäss den provisorischen Ergebnissen 2021 dem Bundesamtes für Statistik (BFS) vom 05.04.2022 wuchs die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz per Ende 2021 gegenüber dem Vorjahr um 0,8% auf über 8,7 Millionen Personen. Mit 89 400 Lebendgeburten wurde 2021 ein Höchstwert seit 1972 registriert, während die Zahl der Todesfälle wieder zurückging. Der Wanderungssaldo blieb fast unverändert hoch. Unser Fazit: die Schweiz wächst trotz coronabedingter Wirtschaftsturbulenzen munter weiter!

STÄNDIGE WOHNBEVÖLKERUNG NIMMT WEITERHIN IN HOHEM TEMPO ZU

Am 31. Dezember 2021 umfasste die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz 8 736 500 Personen, gegenüber 8 670 300 Ende 2020 (+66 200 Personen; +0,8%). Die Bevölkerungszunahme fiel damit etwas stärker aus als 2018, 2019 und 2020 (+0,7%). Und dies ein einem Jahr mit Corona-Lockdowns

HÖCHSTSTAND BEI DEN LEBENDGEBURTEN

2021 verzeichnete die Schweiz 89 400 Lebendgeburten. Das sind 3500 bzw. 4,1% mehr als 2020 (+3200 bzw. +3,7% gegenüber 2019). Damit wurde bei der Anzahl Lebendgeburten ein Höchststand seit 1972 erreicht! Die Zunahme um 4,1% ist die höchste seit 1988. Januar bis April sowie August bis Dezember waren 2021 die geburtenstärksten Zeitspannen, was bedeutet, dass die meisten Kinder im Zeitraum von April bis Juli 2020 und von November 2020 bis März 2021 gezeugt wurden. Dies ist signifikant höher aus als die Anzahl Geburten in den entsprechenden Zeiträumen im Jahr 2019. Der Lockdown lässt grüssen!

GEBURTENZAHL PRO FRAU BLEIBT TIEF

Gemäss den provisorischen Zahlen lag die durchschnittliche Anzahl Kinder pro Frau 2021 bei 1,51 gegenüber 1,46 im Jahr 2020 (2019: 1,48). Mit Ausnahme von Nidwalden und Obwalden verzeichneten alle Kantone einen Geburtenanstieg. Um eine stabile Bevölkerungszahl zu erhalten, wäre ein Geburtenzahl von 2,1 Kindern pro Frau nötig. Aufgrund natürlicher Zu- und Abgänge wäre die Bevölkerung der Schweiz also schon längst rückläufig. Dies wird aber durch die Zuwanderung überkompensiert.

ANZAHL TODESFÄLLE GESUNKEN, ABER IMMER NOCH RELATIV HOCH

Im Jahr 2021 war die Lage zwar besser als im Vorjahr, dennoch fiel die Anzahl Todesfälle immer noch deutlich höher aus als 2019 (+3300 bzw. +4,9% gegenüber 2019). 2021 sind in der Schweiz 71 100 Menschen gestorben. Dies sind 5100 weniger als im Vorjahr (-6,7%). In den meisten Kantonen wurde zwischen 2021 im Vergleich zu 2020 ein Rückgang der Todesfälle verbucht. Lediglich in den Kantonen Luzern, Schwyz, Graubünden, Thurgau, Uri, Zug und Nidwalden war eine Zunahme der Todesfälle zu beobachten.

Geburten	2019	2020	2021
Lebendgeburten	86'172	85'914	89'402
Knaben	44'123	44'299	45'810
Mädchen	42'049	41'615	43'592
Schweizer	60'875	61'049	64'133
Ausländer	25'297	24'865	25'269
Totgeburten	344	319	...

2021: provisorische jährliche Ergebnisse
... = diese Daten sind noch nicht verfügbar
Quelle: BFS-BEVNAT

Quelle: Komponenten der Bevölkerungsentwicklung | Bundesamt für Statistik (admin.ch)

Der Geburtenüberschuss – die Differenz zwischen Geburten und Todesfällen –, der 2020 infolge der gestiegenen Anzahl Todesfälle stark zurückgegangen war, stieg 2021 wieder auf 18 300 Personen an (2019: 18 400). In den Kantonen Schaffhausen, Graubünden, Glarus, Jura und Tessin gab es keinen Geburtenüberschuss, das heisst, es starben mehr Menschen als Kinder geboren wurden.

HÖHERE LEBENSERWARTUNG

Die Lebenserwartung ist wieder gestiegen. 2021 betrug die Lebenserwartung bei Geburt bei den Männern 81,7 Jahre gegenüber 81,1 Jahren im Vorjahr. Die Lebenserwartung der Frauen nahm ebenfalls zu, und zwar von 85,2 Jahren (2020) auf 85,7 Jahre (2021). Die Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren erhöhte sich bei den Männern auf 19,9 Jahre und bei den Frauen auf 22,7 Jahre (+0,6 bzw. +0,5 Jahre gegenüber 2020).

In den meisten Kantonen ist die Lebenserwartung bei Geburt bzw. im Alter von 65 Jahren gestiegen. Demgegenüber war die Lebenserwartung in Kantonen mit einer Zunahme an Todesfällen bei den Männern und/oder Frauen weiterhin rückläufig.

WANDERUNGSSALDO NIMMT NUR LEICHT AB

2021 verzeichnete die Schweiz 165 600 Einwanderungen (22 300 schweizerische und 143 300 ausländische Staatsangehörige) sowie 114 600 Auswanderungen (28 700 bzw. 85 900). Die Zahl der Ein- und Auswanderungen stieg im Vergleich zu 2020 um 1,5% bzw. 4,8%. Der Wanderungssaldo ging dadurch von 53 800 im Jahr 2020 auf 51 000 im Jahr 2021 zurück (–5,3%).

Bilanz der ständigen Wohnbevölkerung in Tausend 2017-2021

	Bevölkerungsbestand am 1. Januar	Komponenten der Bevölkerungsentwicklung		Bevölkerungsbestand am 31. Dezember	Veränderung
		Geburten - überschuss	Wanderungs-saldo		absolut[1)]
2017	8 419.6	20.4	45.9	8 484.1	64.6
2018	8 484.1	20.8	39.9	8 544.5	60.4
2019	8 544.5	18.4	43.4	8 606.0	61.5
2020	8 606.0	9.7	53.8	8 670.3	64.3
2021	8 670.3	18.3	51.0	8 736.5	66.2

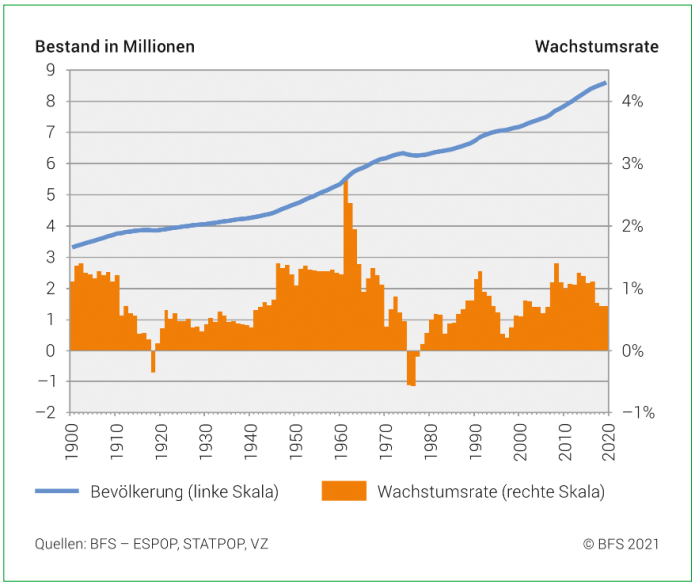
1) inkl. Bestandesbereinigung, d.h. alle Veränderungen der Bevölkerungszahl, die nicht auf demografische Bewegungen zurückgeführt werden können, wie Geburten, Todesfälle, Ein- und Auswanderungen oder Änderungen des Bevölkerungstyps.
2021: provisorische jährliche Ergebnisse
Quellen: BFS – BEVNAT, STATPOP

Im Jahr 2020 wanderten Schweizer Staatsangehörige im Vergleich zum Vorjahr seltener ein (–12,5%) als aus (+11,5%). Bei den Ausländerinnen und Ausländern nahmen sowohl die Einwanderungen als auch die Auswanderungen zu (+4,0% bzw. +2,7%)!

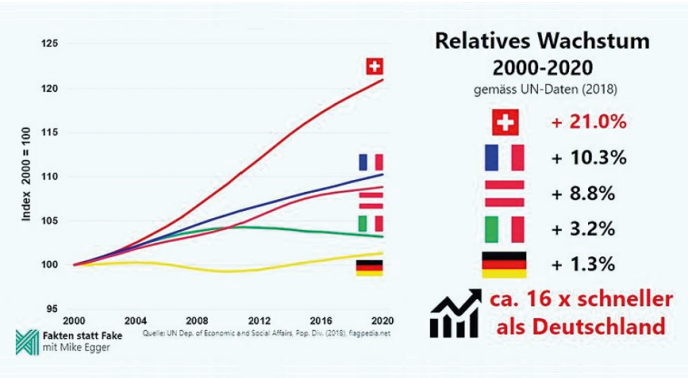
LANGFRISTIGE ENTWICKLUNG

Trotz des Rückgangs im Jahr 1918 aufgrund der Spanischen Grippe sowie den wirtschaftlichen Rezessionsjahren 1975-1977, hat sich die Bevölkerung der Schweiz seit 1900 von 3,3 Millionen bis heute 8.7 Millionen, fast verdreifacht. Die Zunahme erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren 1961 und 1962 mit jährlichen Wachstumsraten von über 2%. Seit 2017 ist die Wachstumsrate deutlich tiefer und sank unter die Schwelle von 1%. Weltweit gesehen, ist dies aber immer noch ein sehr hohes Niveau!

BEVÖLKERUNGSWACHSTUM DER SCHWEIZ VON 1900 BIS HEUTE



DIE SCHWEIZ WÄCHST IM VERGLEICH ZU UNSEREN NACHBARLÄNDERN VIEL ZU SCHNELL



NEUER EINWOHNERREKORD IN ZÜRICH

Andreas Thommen

Am 30. Mai berichtete das Statistische Amt der Stadt Zürich, dass mit 440'181 Menschen derzeit mehr Personen in Zürich leben als beim bisherigen Höchststand von 1962. Und das Wachstum hält an. Die halbe Million dürfte schon bald erreicht sein.

Nach 60 Jahren ist die bisherige Höchstmarke übertroffen worden: Aktuell leben 440 181 Menschen in der Stadt Zürich. Eigentlich hatte man in Zürich schon früher mit diesem Rekord gerechnet. Seit 2010 kamen zu jährlich rund 5000 Personen dazu. Wegen der Pandemie hat sich dies nun etwas verzögert. Trotz ähnlicher Gesamtzahl unterscheidet sich die gegenwärtige Wohnbevölkerung deutlich von derjenigen der 1960er-Jahre. So ist der Ausländeranteil heute mehr als doppelt so hoch wie vor 60 Jahren.

WACHSTUMSSCHÜBE DURCH EINGEMEINDUNGEN

Den ersten Wachstumsschub erlebte die Stadt Zürich mit der ersten Eingemeindung im Jahr 1893. Elf Nachbargemeinden kamen zum heutigen Kreis 1 hinzu, und die Wohnbevölkerung stieg von unter 30'000 auf 117'000 Personen an. 1934 erfolgte die zweite Eingemeindung. Die Stadt zählte danach 316 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Seit 1934 hat sich das Gebiet der Stadt Zürich nicht mehr verändert – im Gegensatz zur Bevölkerungszahl. In den 1940er- und 1950er-Jahren wuchs die Wohnbevölkerung stark, und 1962 wurde mit 440 180 Personen der höchste Endjahresbestand erreicht.

RÜCKGANG IN DEN 70ER JAHREN

Danach setzte eine Trendwende ein, und bis 1989 sank die Bevölkerungszahl auf unter 356'000 Menschen. Seit dem Jahr 2000 zieht Zürich als Wohnstadt wieder mehr Menschen an. Vor allem in den 2010er-Jahren wuchs die Stadt stark. Nun wurde die Höchstmarke von Ende 1962 überschritten: Aktuell wohnen 440'181 Menschen in der Stadt Zürich.

MEHR AUSLÄNDERINNEN UND AUSLÄNDER – WENIGER ZU- UND WEGZÜGE

Die aktuelle Bevölkerungszahl entspricht ungefähr derjenigen per Ende 1962. Trotz dieser Gemeinsamkeit gibt es auch Unterschiede. Vor 60 Jahren lebten etwa 64'000 Ausländerinnen und Ausländer in Zürich, heute sind es 140'000. Der Ausländeranteil ist aktuell mehr als doppelt so hoch wie damals (32,2 gegenüber 14,5 Prozent). 1962 waren die Italiener die grösste ausländische Gruppe (44 % der AusländerInnen), heute sind es die Deutschen mit 23 % der Ausländer. 1962 gab es deutlich mehr Wanderungsbewegungen, nämlich je etwa 60'000 Zu- und Wegzüge pro Jahr. 2021 zogen ungefähr 40'000 Personen zu respektive weg.

WAR ZÜRICH EINMAL GAR NOCH GRÖSSER?

Werden die offiziellen Endjahresbestände betrachtet, wurde der Höchstwert von 440 180 Personen per Ende 1962 erreicht. Gemäss den Monatsdaten wurde der Maximalwert im Juli 1963 verzeichnet; damals war die Bevölkerungszahl um rund 5000 Personen höher. In den 1960er-Jahren wohnten im Sommer mehr Menschen in Zürich als am Jahresende. Das hatte unter anderem mit den sogenannten Saisonnierstatut zu tun.

AUCH PERSONEN MIT SCHUTZSTATUS S ZÄHLEN ZUR WOHNBEVÖLKERUNG

Die Stadt Zürich verwendet den Begriff der «wirtschaftlichen Wohnbevölkerung». Dazu gehören auch Asylsuchende, Flüchtlinge und Personen mit Schutzstatus S. Aktuell umfasst die Bevölkerung der Stadt Zürich 1751 Menschen mit Schutzstatus S.

KOMMENTAR VON ECOPOP

Unter dem Titel «Die Stadt ist so voll wie noch nie», berichtete Ev Manz im Tagesanzeiger vom 31. Mai über diesen Bevölkerungsrekord. In der Kommentarspalte dazu waren dann auch noch folgende Statements zu lesen:

«Wir hätten jetzt schon Platz für 650'000 Menschen»

Drang in die Stadt Expertinnen und Experten sehen Chancen und Risiken im anhaltenden Wachstum Zürichs.

Laut Anna Schindler, Direktorin Stadtentwicklung Zürich, spielen bereits wieder dieselben Mechanismen wie vor der Pandemie. «Zürich ist attraktiv, bietet viele Arbeits- und Ausbildungsplätze und eine hohe Lebensqualität.» Zudem sei in letzter Zeit enorm viel gebaut worden, und die Bautätigkeit gehe weiter.

Christian Schmid, Stadtforscher und Soziologieprofessor am Architektur-Departement der ETH Zürich, führt das Bevölkerungswachstum auf die «ungebrochene Attraktivität urbaner Räume» zurück. Seit den 1990er-Jahren ziehe es immer mehr Familien in den urbanen Raum, wo sie ein Angebot vorfänden, das ihnen im ländlichen oder kleinstädtischen Rahmen fehle.

Ähnlich sieht es die Raumplanerin und Politologin Maarit Ströbele. «Zürich ist attraktiv, nicht zu gross und ermöglicht es heute eher, Familie und Beruf zu vereinbaren, als Wohnorte ausserhalb der Stadt.» Die Stadt sei immer schon ein Anziehungspunkt gewesen. Die Suburbanisierung Mitte des 20. Jahrhunderts, als die Leute in die Vorstädte gezogen seien, sei womöglich eher eine historische Ausnahme.

Doch welche Folgen hat das Bevölkerungswachstum für die Zürcherinnen und Zürcher? Anna Schindler relativiert. Dass der Dichtestress vielen zu schaffen mache, höre man zwar immer wieder. Allerdings tauchten diese Ängste in der Bevölkerungsbefragung von 2021 kaum auf.

Im Gegenteil: Wachstum und bauliche Verdichtung seien dort von einer Mehrheit als positiv wahrgenommen worden. Zürich werde durch das Wachstum internationaler, vielfältiger, jünger – und lebendiger. Wobei lebendiger tendenziell auch lärmiger heisst, wie Schindler einräumt.

Freiräume werden knapp

Raumplanerin Ströbele mag das Wort «Dichtestress» nicht: «Viele Leute bedeuten nicht unbedingt mehr Stress. Man muss miteinander auskommen, wenn man nicht aneinander vorbeikommt.» Es könne gerade im öffentlichen Raum vermehrt zu Nutzungskonflikten kommen. Es brauche deshalb Platz für beides, ruhige Orte und belebte.

Auch für Stadtforscher Christian Schmid platzt Zürich mit seinen vielen Grünräumen und dem See längst nicht aus allen Nähten: «Gehen Sie mal nach Singapur oder Hongkong, dort sehen Sie, was Dichtestress ist.»

Allerdings würden Freiräume knapp: «Der ganze städtische Raum wird genutzt und modernisiert, ungenutzte Flächen gibt es kaum mehr», sagt Schmid. Das erzeuge eine «neue Art der Enge», die vor allem für junge Menschen, aber auch für innovative Kleinunternehmen zum Problem werden könne, weil Experimentierfelder fehlten.

Zudem führt der «Sog der Stadt» laut Schmid zu einem starken Anstieg der Immobilien- und Mietpreise. Die Nachfrage nach Wohnraum sei enorm, Bauherren könnten «alles vermieten, was sie bauen». Und die Mietzinse dürften noch weiter steigen, prognostiziert Schmid. Dadurch würden immer mehr Schichten mit tieferen Einkommen, aber auch Kreative verdrängt. «Das schadet der Vitalität einer Stadt», sagt der Stadtforscher.

Hönggerberg preisgeben?

Den prognostizierten Anstieg der Stadtbevölkerung auf über eine halbe Million bis 2040 hält Schindler für realistisch. Solange derart viel gebaut werde, könne das Wachstum aufgefangen werden. Zürich könnte sogar noch weiter wachsen.

«Wir hätten jetzt schon Platz für 650'000 Menschen», sagt Anna Schindler. Nämlich dann, wenn überall so dicht gebaut würde, wie es die Bau- und Zonenordnung zulässt. Ob diese Reserven tatsächlich voll ausgenützt werden, ist laut Schindler aber fraglich. Es könne auch wieder Stagnationsphasen geben.

Für Christian Schmid von der ETH stellt sich die Frage, wie sich in der Agglomeration attraktive urbane Räume realisieren lassen, um den Sog der Stadt zu verringern. Sonst müsste bei einem anhaltend starken Bevölkerungswachstum gar an einem Tabu gerüttelt werden: Ist man bereit, auch Landschaftsräume wie etwa jene auf dem Hönggerberg preiszugeben, um die Stadt zu erweitern?

Martin Huber

Tagesanzeiger vom 31. Mai 2022

KOMMENTAR DAZU VON ECOPOP

Die Statements der «Experten» im Tagesanzeiger, zeigen vor allem eines. **Dichtestress darf es nicht geben, sowas bilden sich nur Anhänger von ECOPOP ein.** Herrlich allerdings, wie sich die sogenannten Experten in den kurzen Zitaten selbst widersprechen. Stadtentwicklerin Schindler meint «lebendiger heisst tendenziell auch lärmiger». Was solls, Ruhe ist kein Menschenrecht! Auch Raumplanerin Maarit Ströbele «mag das Wort Dichtestress nicht». Allerdings gibt sie zu: «Es könne gerade im öffentlichen Raum vermehrt zu Nutzungskonflikten kommen». Da fragt man sich: was ist den nochmals der Unterschied zwischen «Nutzungskonflikten» und «Dichtestress»? Oder zählt für diese Urbanistinnen als Dichtestress nur die Herleitung aus der Biologie, z.B., wenn sich die Ratten gegenseitig die Schwänze abbeissen?

Auch für Stadtforscher und ETH-Professor Christian Schmid platzt Zürich längst nicht aus allen Nähten: «Gehen Sie mal nach Singapur oder Hongkong, dort sehen Sie, was Dichtestress ist.» Aha, es gibt ihn also doch, den Dichtestress. Doch nein, Herr Schmid wir gehen eben gerade darum nicht nach Singapur und wir wollen auch nicht, dass Zürich so wird wie Hongkong! Allerdings gibt im nächsten Satz auch Schmid zu: «Freiräume werden knapp, ungenutzte Flächen gibt es kaum mehr. Das erzeuge eine «neue Art der Enge»,». Aber Prof. Schmid, wer braucht denn schon Freiräume? Und sicher, «Enge» heisst ja noch lange nicht «Dichte», oder? Ich muss mal im Lexikon der Synonyme schauen. Im Oxford-Dixionär steht da für «Enge»: «Beschränktheit, Platzmangel, Raumnot, Gedränge, Gewühl». Dichtestress? Fehlalarm!

Und dann schwadroniert Schmid sogar noch: «solange soviel gebaut wird können wir das Wachstum auffangen». Diesen Satz muss man sich mal auf der Zunge vergehen lassen. Also das Wachstum ist einfach da, ein Naturgesetz, welches aufgefangen werden muss. Wäre nicht die Bautätigkeit, dann müssten all die Neuzuzüger womöglich unter Brücken schlafen! Oder wie war das nun gemeint? Auch die Stadtentwicklerin Anna Schindler «hält 650'000 Einwohner für möglich». Allerdings so Professor Schmid, müsste man dann möglicherweise den Hönggerberg zubetonieren. Kein weiterer Kommentar, wir drucken unten ein Bild von Hongkong.

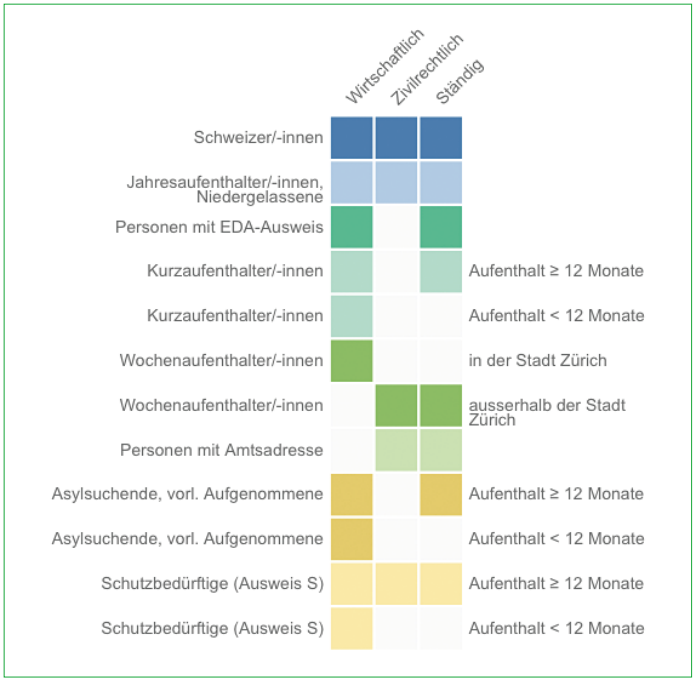
Wir danken all diesen Expert*innen (der Genderstern muss hier sein) für ihre bahnbrechenden Erkenntnisse und das fachmänn-, äh -fachfrauische Geschwafel!

Kommentar: Andreas Thommen

«Gehen Sie mal nach Singapur oder Hongkong, dort sehen Sie, was Dichtestress ist.» Hongkong wir kommen!

DEFINITION WIRTSCHAFTLICHE BEVÖLKERUNG

Für die Bevölkerungszahlen bestehen verschiedene Definitionen: Die vom Statistischen Amt der Stadt Zürich publizierten Bevölkerungsdaten beziehen sich grundsätzlich auf die wirtschaftliche Wohnbevölkerung. Das statistische Amt des Kantons Zürich verwendet die zivilrechtliche, das Bundesamt für Statistik die ständige Wohnbevölkerung.



*Quelle: Bevölkerungsdefinition - Stadt Zürich (stadt-zuerich.ch). *Personen mit EDA Ausweis sind meist Diplomaten mit deren Familien.*